

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Montag, den 4. Dezember 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Heimarbeiter und der Reichstag.

(An Heimarbeiter weitergeben.)

Jetzt hat der Reichstag das im Frühjahr von der Kommission durchberatene Hausarbeitsgesetz erledigt. Es ist aufs äußerste zu bedauern, daß diese Erledigung in einem Tempo erfolgte, die der großen Wichtigkeit des Gegenstandes nicht entspricht. Es ist höchst unangemessen, in so geschäftsmäßiger Eile ein Gesetz zu verabschieden, das die Interessen Hunderttausender elend gestellter Arbeiter aufs tiefste berührt.

Es läßt sich aber auch heute schon vorauslagen, daß mit der Verabschiedung dieses Gesetzes der Kampf nicht zu Ende sein wird, den die Sozialdemokratie nun schon seit Jahrzehnten für die Heimarbeiter führt, leider bisher immer noch ohne durchschlagenden Erfolg, weil der Fraktion die zahlenmäßige Stärke fehlte, um ihren Forderungen gegenüber dem offenen oder versteckten Widerstand der bürgerlichen Parteien zum Durchbruch zu verhelfen. Möge der 12. Januar darin eine Besserung bringen, dann werden auch die Heimarbeiter bessere Aussicht haben, mit ihren Forderungen durchzubringen als im gegenwärtigen Reichstag.

Bis zum heutigen Tag sind die Heimarbeiter in Deutschland, dem berühmten Lande des „sozialen Königtums“ ohne jeden gesetzlichen Schutz. Von allen wesentlichen Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung sind sie ausgeschlossen. Schon bei der Novelle zur Gewerbeordnung im Jahre 1891 versuchte die sozialdemokratische Fraktion die Hausindustrie der Fabrikinspektion zu unterstellen, sie forderte seinerzeit gesetzliche Vorschriften über die Arbeitsräume. Ihre Anträge wurden aber abgelehnt.

Nach dem Streike der Konfektionsarbeiter im Jahre 1895 ordnete die Regierung Erhebungen über die Zustände im Konfektionsgewerbe an. Zwei Jahre später legte sie dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor, der die Arbeitsbestimmungen der Gewerbeordnung auf die Konfektionsarbeiter ausdehnen sollte; dieser Gesetzentwurf kam aber wegen Schlußes der Session nicht zur Erledigung. Im Jahre darauf erschien eine Bundesratsverordnung, die die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Arbeitszeit der Kinder und Jugendlichen auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion ausdehnte. Die Verhältnisse der Heimarbeiter blieben aber wieder unreguliert.

Im Jahre 1898 brachte dann die Regierung eine neue Vorlage ein. Sie erhielt u. a. die Ermächtigung des Bundesrats, für bestimmte Gewerbe Lohnbücher vorzuschreiben und beschränkte für die Jugendlichen die Mitgabe von Arbeit nach Hause. Die Sozialdemokratie forderte: Bestimmungen über die Beschaffenheit der Arbeitsräume, Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Heimarbeiter. Zwischenmeister sollten nur in ihren Werkstätten Arbeiter oder Arbeiterinnen beschäftigen, bei einer mindestens 6stündigen Arbeitszeit in der Werkstatt sollte Arbeit nicht mehr nach Hause mitgegeben werden. Zustände kam aber nichts als ein § 114 a zur Gewerbeordnung, der den Bundesrat ermächtigt, für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszettel vorzuschreiben.

Nach der Aufrüstung der öffentlichen Meinung durch den ersten Heimarbeiterkongress im Jahre 1904 und die von der Generalkommission im Jahre 1906 veranstaltete Heimarbeiterausstellung, die die furchtbarsten Einblicke in die Abgründe menschlichen Elends eröffnete, versuchte die sozialdemokratische Fraktion abermals endlich einen wirksamen gesetzgeberischen Eingriff zugunsten der Heimarbeiter zu erzielen. Ein von ihr eingebrachter Gesetzentwurf forderte die Erfüllung sanitärer Vorschriften für Räume, in denen Heimarbeiter hergestelltes wird, die Anzeigepflicht der Heimarbeitsbetriebe, Verbot der Sonntagsarbeit, Anwendung der Schutzbestimmungen für Kinder, Jugendliche und Arbeiterinnen in der Gewerbeordnung auf die Heimarbeiter, Vergeben der Arbeiten von Gemeinde und Staat an Fabrikanten, die tarifmäßige Löhne zahlen unter Ausschaltung der Zwischenunternehmer, Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die Heimarbeiter, Verbot der Arbeit in Räumen, wo sich Personen mit ansteckenden Krankheiten aufhalten, Zuständigkeit der Gewerbegerichte in Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag, Einsetzung von Lohnkommissionen, die die Mindestlöhne festsetzen. Schließlich begriff auch die Regierung, daß etwas geschehen müsse, sie brachte im Jahre 1907 eine Novelle zur Gewerbeordnung ein, die in einem besonderen Abschnitt Vorschriften zum Schutze der Heimarbeiter enthielt. Auch diese Vorlage blieb wegen Sessionsschlusses zunächst unerledigt, erschien

aber 1909 wieder auf der Bildfläche inhaltlich unverändert, doch diesmal als besonderes Gesetz. Dieser Entwurf, der jetzt vom Reichstag durchgepeitscht ist, beschränkt sich im wesentlichen darauf, dem Bundesrat, den Landeszentralen und der Polizei die Befugnis zu erteilen, Verordnungen zum Schutze der Heimarbeiter in begrenztem Umfang zu erlassen. Außerdem soll der Bundesrat bevollmächtigt werden, die offene Auslage von Lohnzetteln oder Lohnverzeichnissen anzuordnen.

Die Sozialdemokraten beantragten in der Kommission die Auslage von Lohnzetteln gesetzlich anzuordnen, und drangen mit dieser Forderung durch. Ferner verlangten die Sozialdemokraten die Ausgabe von Lohnbüchern. Dies wurde nur angenommen mit der Beschränkung, daß der Bundesrat auf Antrag Betreffter Ausnahmen zu gewähren berechtigt sein soll.

Die sozialdemokratische Forderung eines gesetzlichen Maximalarbeitstags wurde abgelehnt. Besonders sprach sich gegen sie der fortschrittliche Abgeordnete Enders aus, da die Heimarbeiter „selbständige Gewerbetreibende“ bleiben müßten. Das Kennzeichen eines „selbständigen Gewerbetreibenden“ nach fortschrittlicher Auffassung ist jedenfalls, daß seiner Ausbeutung durch Kapitalisten und Zwischenmeister keine Schranke gezogen werden darf!

Ferner forderten die Sozialdemokraten in der Kommission entsprechend den Beschlüssen des zweiten Heimarbeiterkongresses die Errichtung von Lohnämtern in folgender Form:

Auf Antrag von Hausarbeitern oder ihrer Organisation hat das Gewerbegericht als Einigungsamt für den Bezirk seiner Zuständigkeit die Lohnsätze in der Branche, welche es angerufen hat, für eine bestimmte Dauer festzusetzen.

An Orten, an denen ein Gewerbegericht nicht besteht, müssen Kommissionen gebildet werden, welche auf entsprechenden Antrag diese Festsetzung bewirken. Die näheren Bestimmungen erläßt der Bundesrat mit der Maßgabe, daß die Kommissionen zur Hälfte aus Gewerbetreibenden, zur Hälfte aus Arbeitern unter Vorbehalt eines Vertreters der Gewerbeinspektion bestehen müssen.

Die Verordnungen des Bundesrats sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Lohnsätze dürfen nicht niedriger festgesetzt werden als die in Fabriken und Werkstätten für entsprechende Arbeit gezahlten Löhne. Sie sind von den Einigungsämtern beziehungsweise den Kommissionen zu veröffentlichen und sind nach ihrer Veröffentlichung für Gewerbetreibende und Hausarbeiter der betreffenden Branche während der Dauer, für welche sie festgesetzt sind, rechtsverbindlich.

Dieser sozialdemokratische Antrag wurde in der Kommission nur vom Abg. Raumann unterstützt. Ein Vermittlungsantrag des Zentrums, der den höheren Verwaltungsbehörden die Vollmacht erteilt, für bestimmte Gewerbe Lohnämter einzuführen, wurde in erster Lesung angenommen, fiel aber in zweiter Lesung mit Stimmengleichheit.

Die Sozialdemokratie ist auch im Schlussskampf der Reichstagsverhandlungen mit der größten Entschiedenheit für ihre ursprünglichen Forderungen eingetreten. Sie konnte sich dabei auf das Vorbild der neuseeländischen Gesetzgebung von 1890, der australischen von 1896, schließlich auch der englischen von 1909 berufen, durch welche letztere Lohnämter für die Ketten schmiede, Spigenklöppler, Registrierer, Kartonnage- und Konfektionsarbeiter eingeführt worden sind mit dem Erfolg, daß Lohnerhöhungen bis zu 50 Prozent eintraten. Sie konnte sich aber auch auf die angeblichen Prinzipien der deutschen Wirtschaftspolitik berufen, die doch ihre Vertreter verschern, darauf ausgeht, die „nationale Arbeit“ zu schützen, und die diesen Zweck zu erreichen sucht, indem sie die Preise für alle Gegenstände des Verbrauchs maßlos erhöht. Nachdem die Gesetzgebung den Armen aller Arbeiter alle Lebensmittel künstlich verteuert hat, war es ihre doppelte Pflicht, diesen Arbeitern auch Löhne zu sichern, bei denen sie nicht zu verhungern brauchen. Eine radikale Lösung der Heimarbeiterfrage wird ohnehin erst möglich werden, wenn das Reich mit sehr entschiedenen Schutzbestimmungen und Verboten vorgeht, zugleich aber auch aus seiner Kasse die Mittel gewährt, die die Heimarbeiter für die Zeit des Übergangs vor dem Hunger schützt. Das ist heute noch nicht möglich, weil der Militarismus alles frisst. Die Sozialdemokratie bekämpft den Militarismus, sie fordert ausgiebige Besteuerung der besitzenden Klassen und will so die Mittel flüssig machen, die zur Durchführung wirklich tief greifender Sozialreformen unumgänglich notwendig sind. Die ersten aber, die solcher Reformen bedürftig sind, sind die Heimarbeiter, und darum haben gerade sie ein besonders

brennendes Interesse daran, daß die Sozialdemokratie im Reichstag zur ausschlaggebenden Macht wird. Mögen sie bei den Wahlen am 12. Januar das nicht verpassen!

## Die Reichstagswahl.

Für den Wahlkreis München 1

haben die vereinigten liberalen Parteien den Oberstudienrat Dr. Kerschensztein als Reichstagskandidaten aufgestellt.

Die Demokratische Vereinigung in Frankfurt a. M. faßte den Beschluß, für die Reichstagswahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten zu stimmen. — Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt zu der Meldung: Das ist wenigstens offen und ehrlich!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

beendete am Sonnabend die zweite Lesung der Angestelltenversicherung. Das Schauspiel blieb das selbe wie an den vorausgegangenen Tagen. Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge wurden abgelehnt und auch mancher bürgerliche Antrag teilte das selbe Schicksal. Die Regierung, deren Verbrück sich übrigens nicht weiter bemühte und für die nur ein paar nachgeordnete Behörden das große Wort führten, zeigte sich ängstlich besorgt um den Geldbeutel der Arbeitgeber im allgemeinen und der Grundbesitzer im besonderen. Diese rührende Fürsorge für die Starken ging einmal sogar der Mehrheit zu weit und so wurde denn ein Antrag Behrens angenommen, der die eigentlich doch selbstverständliche Forderung festlegte, daß bei den leider zugelassenen Ertragskassen die Arbeitgeberbeiträge unter allen Umständen der Beiträgen der Angestellten gleich kommen müssen. Abwarten bleibt freilich, ob diese Verbesserung auch in der dritten Lesung aufrecht erhalten bleiben wird. Was sonst die Genossen Mollenhuth, Schmidt-Berlin, Hue, Sachse, Emmel, Hoch an Verbesserungen durchzuführen sich bemühten, scheiterte an der trägen und eiskalten Abneigung der Mehrheit, sich in Diskussionen über das Kommissionswerk überhaupt nur einzulassen. Selbst ein Teil der Nationalliberalen stimmte mit den Schwarz-Blauen zusammen einen Antrag nieder, den Frauen das Wahlrecht zu den Rentenauszahlungen zu geben, obwohl in diesem Falle Wasser mit der Linke ging.

Am Montag sollen allerhand Reste aufgearbeitet werden.

## Kampf gegen die Steuerung — mit bedrucktem Papier.

Stolz teilt der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit, daß von seinem gegen die Steuerungs-Agitation der Sozialdemokratie herausgegebenen Flugblattes schon Hunderttausende von Exemplaren verbreitet seien und daß weitere Quantitäten dieses Flugblattes nicht nur allen Zweigvereinen des Reichsverbandes selbst, sondern auch allen anderen „nationalen Verbänden und vaterländischen Vereinen und ebenso den Organisationen der bürgerlichen Parteien in jeder beliebigen Anzahl unentgeltlich zur Verfügung“ ständen.

Schade nur, daß von all diesen ungeheuren Massen das Volk nicht satt wird! Und wir glauben, daß sich die Logik des Hungers schließlich doch als stärker erweisen wird als die „Logik“ des Reichsverbandes. Wie sagt doch schon Heinrich Heine?

„Im hungrigen Magen Eingang finden

Nur Suppenlogik mit Knödelgründen,

Nur Argumente von Kinderbraten,

Gespick mit Göttinger Würstzitäten!

Mit solchen, allein durchschlagkräftigen Argumenten gegen die Steuerung aber vermag der Reichsverband leider nicht aufzuwarten!

Übrigens wird in den nächsten Tagen ein sozialdemokratisches Antwortflugblatt auf das Steuerungsflugblatt des Reichsverbandes herausgegeben werden.

## Die kleine Strafgesetznovelle gescheitert.

Die Bemühungen, die kleine Strafgesetznovelle noch zur Erledigung zu bringen, können als gescheitert gelten. Die Konservativen erklärten sich gegen das angebliche Kompromiß, weil sie auf eine Verschärfung der Strafen für Beleidigung durch die Presse (Ex Wagner) nicht verzichten wollten; die Antisemiten waren dagegen, weil das Schächten nicht als Tierquälerei betrachtet werden soll.



### Sozialdemokraten in Krankenkassen.

In der am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung der Ortskrankenkasse in Freiburg i. B. feierte der dem Zentrum angehörende Stadtverordnete und Zimmermeister Ams als 2. Vorsitzender die Verdienste, die sich der 1. Vorsitzende der Kasse, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Krücker, seit 15 Jahren um die gedeihliche Fortentwicklung der Kasse erworben habe. Seit zehn Jahren sei Krücker Vorsitzender; die Mitgliederzahl sei von 9000 auf über 17 000 und der Umsatz der Kasse von 900 000 Mark auf nahezu zwei Millionen Mark gestiegen. Dem Kassenvorsitzenden Krücker gebühre Dank und Anerkennung für sein erfolgreiches Wirken. — Das klingt wesentlich anders, wie das lächerliche Geschrei der Reichsverbänder und sonstiger Heiden über „Mißstände in sozialdemokratisch geleiteten Ortskrankenkassen“, denn das dem Sozialdemokraten gespendete Lob entfloß dem Munde eines frommen Zentrumsmannes.

### Zusammenbruch eines freisinnigen Schwindels.

Am dritten Tage der Marokkodebatte im Reichstage machte der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Mugdan wieder einmal eine Sozialistenhege. In gewohnter Weise wurde darauf los behauptet und um den Behauptungen größeres Gewicht zu geben, scheinbare Zitate vorgetragen. Auch unserem Görlitzer Parteiblatt wurden Äußerungen unterstellt, die es nie getan und gegen die sich das beschuldigte Blatt umso mehr wehrte, weil Mugdan in Görlitz gewählt ist und auch dort wieder gewählt werden will.

Nun muß Mugdan den Rückzug antreten. Das freisinnige Blatt in Görlitz, der „Neue Görlitzer Anzeiger“, bringt folgende Notiz:

„Unter Reichstagsabgeordneter, Herr Sanitätsrat Dr. Mugdan, hatte, wie er uns schreibt, die Absicht, in der heutigen (Mittwoch, 29. Nov.) Sitzung des Reichstages vor Eintritt in die Tagesordnung die nachstehende Erklärung abzugeben. Der Präsident, Graf Schwerin-Löwitz, bat ihn aber, davon Abstand zu nehmen, da der Erklärung eine Bedeutung nicht zukomme, die deren Vortrag im Reichstage in der gewünschten Weise rechtfertige. Es genüge, wenn dieselbe in der Presse veröffentlicht würde. Herr Dr. Mugdan erwidert uns deshalb um Veröffentlichung der Erklärung. Sie lautet:

In der 203. Sitzung habe ich gesagt: (Stenogr. Bericht S. 7805 C.) „Jetzt ist es ja leicht, über den Herrn Redakteur Däumig den Stab zu brechen. Wie war es aber die Tage, nachdem er gesprochen hatte? Da schrieb das sozialdemokratische Blatt, das in Görlitz erscheint, es sei die Morgendämmerung einer neuen Freiheit entstanden.“

Ich habe mich überzeugt, daß ich mich geirrt habe und daß in dem sozialdemokratischen Blatte, das in Görlitz erscheint, die von mir behaupteten Worte nicht gestanden haben.

Dr. Mugdan.

Charakteristisch für Mugdan ist, daß er sich zu dieser Erklärung erst herbeiließ, nachdem unser Parteiblatt seinen Schwindel festgenagelt und auch nicht locker ließ, bis er widerrufen hatte. Das Beispiel zeigt wieder einmal, wie skrupellos die braven Gegner und nicht zuletzt auch die Parteigänger von Julius Kleins im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind.

### Kleine politische Nachrichten.

Der Leberkönig von Worms, Freiherr Heyl zu Hersingheim, will nicht mehr kandidieren. Jedenfalls hängen ihm die Trauben zu hoch. — Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt folgende Notiz: Als die erste Möglichkeit auftauchte, daß wir den bisherigen Flottenplan doch ändern müßten, war bekanntlich von nationalliberaler Seite der konservative Gedanke der Einführung eines Reichs-Petroleum-Monopols aufgenommen worden. Wie jetzt als sicher gelten kann, sind alle maßgebenden Stellen zu der Überzeugung gekommen, daß ein solches Monopol jetzt unbrauchbar wäre. — Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt: Die Reinigung des Bauunternehmerstandes von ungeeigneten Elementen (Reichsgesetz vom 7. Januar 1907) soll nach einem neueren Erlaß der preussischen Ressortminister von den Polizeibehörden noch mit mehr Nachdruck betrieben werden, als es bisher geschehen ist. Insbesondere ist neuanzunehmende Personen die als Bauunternehmer auftreten, sollen sich die Behörden darüber unterrichten, ob nicht etwa schon in deren früheren Wohnorten Tatsachen bekannt geworden sind, welche ein polizeiliches Eingreifen oder doch eine besonders sorgfältige Überwachung ihrer gewerblichen Tätigkeit notwendig machen. — In Perien herrscht gegenwärtig eine große Erregung. Mehrere Reaktionen wurden geentwärtet. Täglich finden ruffeindliche Kundgebungen statt.

### China.

Die Revolution. Durch Vermittlung des englischen Gesandten in Peking ist zwischen Sunghikai und dem revolutionären Führer Lijuanhung ein dreitägiger Waffenstillstand zustande gekommen. Sunghikai hat noch am selben Abend dem kaiserlichen Führer in Hankau die Weisung zukommen lassen, mit dem Kommandanten der Revolutionäre unter folgenden vier Bedingungen einen Waffenstillstand zu schließen: 1. Während des Waffenstillstandes dürfen auf beiden Seiten keine militärischen Aktionen vorgenommen werden. Die Heere bleiben in ihren jetzigen Stellungen. 2. Die Führer dürfen keine Truppenveränderungen vornehmen. Auch sind Aufklärungsversuche unstatthaft. 3. Kriegsschiffe dürfen weder in Wuchang noch in Hankau anlegen. 4. Der Waffenstillstand wird in Gegenwart des Konsuls von Großbritannien unterzeichnet, der als Zeuge für den Respekt vor dem Völkerrecht gelten soll.

Gleichzeitig wird über einen vielleicht später abzuschließenden provisorischen Waffenstillstand verhandelt, in dessen Verlauf Abgeordnete der Kaiserlichen und der Aufständischen nach einem neutralen Orte, etwa Tientsin, entsandt werden, um endgültig über den Frieden zu verhandeln.

## Der Sterbende Reichstag.

### Worte und Taten der bürgerlichen Parteien.

Über diese beiden Punkte nahm eine stark besuchte Versammlung gestern mittag im Gewerkschaftshaus zwei Resolutionsentgegen, die vom Reichstagsabgeordneten Schwarz und Arbeitersekretär Mehrlein unter dem Beifall der Versammelten erfaßt wurden.

Reichstagsabgeordneter Th. Schwarz wies einleitend auf die Krankheit des vorigen Reichstages hin, dem nichts mehr gelingen wollte. Wohl oder übel mußte der Bülowblock in Trümmer gehen, der schwarzblaue Block kam zur Regierung, und zwar als Folge der Reichsfinanzreform. Herr Klein bestreitet, daß die Liberalen bereit waren, 400 Millionen Mark an neuen Steuern zu bewilligen; aber ich wills ihm beweisen. Die Vorgeschichte der Reichsfinanzreform beginnt im Jahre 1900, wo die verbündeten Regierungen die Vorlage über den Flottenbauplan vorlegten. Enorme Mittel waren nötig, ungeheure Belastungen der Steuerzahler brachte diese Vorlage mit sich, die bis zum Jahre 1917 durchgeführt werden sollte. Damals meinte der Staatssekretär Thielemann freilich: „Wir schwimmen im Gelde!“ Jetzt aber haben wir fünf Milliarden Schulden! Das Zentrum mußte in Rücksicht auf seine vielen Arbeiterwähler etwas unternehmen und beantragte zu § 6 des Flottengesetzes, daß, falls der Marinebedarf Fehlbeträge herbeiführen sollte, die Deckung nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichseinkommen aufgebracht werden darf.“ Aber schon 1906 waren die Kassen leer, Thielemann war gegangen und sein Nachfolger nicht an seine Verpflichtungen gebunden. Denn ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz gibt's nicht bei uns! Staatssekretär v. Stengel bringt also seine Finanzreform dem Reichstag entgegen: 254 Millionen wünscht er, aber nur 164 Millionen werden ihm bewilligt. Wir befämpften auch schon diese Steuern, die im übrigen nicht wünschgemäß eingingen und so den Reichsdalles andauern ließen. Neue Steuern waren vonnöten, und um diese zu bekommen, brauchte Fürst Bülow einen gefügigen Reichstag. Der Kolonialkrieg in Südwestafrika sollte dazu dienen, den Reichstag heinzuschicken. Rund 90 Millionen Mark sind nach und nach für Südwest bewilligt; nur bei der letzten Nachtragsforderung über 29 Millionen wollte die Budgetkommission nur 20 Millionen bewilligen, die dazu dienen sollten, die Truppen zurückziehen und die Farmer zu entschädigen. So kam dann der denkwürdige 13. Dezember: um lumpige 9 Millionen Mark wurde der Reichstag aufgelöst. Als Scheingrund galt die Ablehnung der Nachtragsforderung, der wahre Grund war die beabsichtigte Reichsfinanzreform. Bülow hatte den Reichstag brüskiert, ein neuer mußte kommen. Und mit dem sog. Silberbrief ging denn hinein in die Arme des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokraten und Zentrum! Die Gottentottentpolitik betörte den deutlichen Wiesel und der Erfolg war da: Wir waren von 81 auf 43 Mandate gesunken. Darob natürlich großer Jubel in der bürgerlichen Welt. Nach am 23. Januar 1907, zwei Tage vor der Wahl, bestritt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die beabsichtigte Einbringung neuer Steuervorlagen, aber prompt bekam der neue Reichstag die Steuerliste vorgelegt. Die liberalen Führer traten zusammen und beschworen Bülow, von dem Einbringen der Steuervorlagen noch abzusehen, da der neue Block noch nicht genügend gefestigt sei, um die Belastungsprobe zu bestehen. Aber die einzelnen Ressorts drangen auf Geld, v. Stengel war inzwischen gegangen, und so forderte am 8. Dezember 1907 v. Sydow vom Reichstag 500 Millionen neuer Steuern, davon 400 Millionen auf Verbrauchs- und Gebrauchsgegenstände, 100 Millionen auf den Besitz. Zu alledem versetzte dann noch die Suppe, als in den Novembertagen 1908 das persönliche Regiment auf der Anlagengasse saß. Die Aussichten waren schlecht, die Verstopfung der Quellen der Schuldenmacherei wollte nicht gelingen. — Herr Klein verlangt nun Beweise dafür, daß die Liberalen zum Bewilligen der 400 Millionen indirekter Steuern bereit waren. In der Volksversammlung des Reichstages erklärte am 21. November 1908 der nationalliberale Abgeordnete Dr. Baasche: „Bei so großem Bedarf wird man an die Massenartikel, die entbehrlichen Genussmittel, herantreten müssen. Daß da Bier, Branntwein und Tabak nicht ungangen werden können, das ist — vielleicht mit Ausnahme der Sozialdemokratie, ich habe nicht genau darauf geachtet — wohl von allen Seiten des Hauses zugestanden.“ Der Abgeordnete Wassermann erklärte am 25. Juni 1909 bei der zweiten Lesung der Finanzgesetze: „Wir, die nationalliberale Reichstagsfraktion, stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir bereit sind, 400 Millionen Mark indirekte Steuern, darunter 250 aus Branntwein, Bier und Tabak, zu bewilligen.“ Aber auch freisinnige, Gesinnungsgenossen des Herrn Klein, sprachen für Verbrauchsteuern. Am 25. Juni 1909 meinte Abgeordnete Dr. Radtke: „Wir haben nie — in keinem Stadium der Verhandlung — einen Zweifel darüber gelassen, daß wir die halbe Milliarde, die zur Deckung nachweisbar notwendiger Ausgaben fehlt, nicht ausschließlich aus Einkommen, Vermögen und Erbschaften entnehmen können, daß vielmehr auch der Verbrauch heranzuziehen ist.“ Am 18. Juni 1909 folgte Abgeordneter Dr. Wiemer: „Wenn 500 Millionen Mark neuer Steuern aufgebracht werden sollen, so müssen wir doch unsererseits anerkennen, daß die große neue Last nicht durch direkte Steuern allein aufgebracht werden kann. Auch die direkten Steuern haben ihre Grenzen.“ Alles das steht fest; Herr Klein aber fordert Beweise!! In einem konservativen Flugblatt wird als „die Wahrheit über die Reichsfinanzreform“ bezeichnet, daß von allen bürgerlichen Parteien die gezeichnete Lösung für erforderlich gehalten sei. Redner streift dann die Schaumweinsteuer, gegen die allerdings die Freisinnigen gestimmt hätten. Klein kann gern Beweise und Material bekommen, wenn er flug werden will. Aber ist es denn an der Zeit, unter den heutigen Verhältnissen vor die Wähler hinautreten und mit dem Zukunftsstaat zu operieren? Sieht er denn nicht in seinem eigenen Gewerbe, bei der Post, wie wir in den Zukunftsstaat hineinwachsen? Klein liegt daran, den Wählern Dunst vorzumachen. Er will die Blicke ablenken von den Dingen, die kommen werden. Und kommen wird sicher eine neue Finanzreform, die Anzeigensteuer, die Surrogatsteuer. Alles das wird bewilligungstreudige Liberale vorfinden. Schon sind infolge der Verteuerung durch die Steuern die Lebensmittel mit mindernwertigen Sachen gefüllt, Besser wird's kaum werden. Das bedenklich fällt daher nicht auf die Leichtbeuteleiden der Liberalen hinein! Denkt daran, es kommen neue Steuern! Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen.

Dann nahm Arbeitersekretär Mehrlein das Wort: Nur noch 40 Tage trennen uns von der Wahl! Durch die erfolgte Annäherung eines rechtsstehenden Kandidaten wird zweifellos mehr Leben in die Wude kommen, und das gut. Denn wohl der heißeste Wahlkampf steht vor der Tür.

Flugblätter werden wieder eine Schlappe der Sozialdemokraten herbeischnen, auch die nationale Phrase wird wieder kommen. Es wird zweifellos viel besser für uns ausfallen bei dieser Wahl als 1907, denn schon die ganzen Zeitumstände arbeiten uns in die Hände. Aber trotzdem müssen wir versuchen, die Partei der Nichtwähler in eine Partei der Wähler umzuwandeln; an die Wahlurne zu schleppen sollte man eigentlich keinen Arbeiter mehr brauchen. Herr Klein indes „siegt“ schon! Er siegt immer, aber immer nur auf dem Papier und in seinem Schlußwort. Die Liberalen hatten im Bülowblock eine gewisse Macht bekommen, aber wenn sie von dieser Macht Gebrauch machen könnten, sind sie umgefallen. Das Reichsvereinsgesetz wird als Großtat gepriesen, aber trotz mancher Vorzüge ist es doch wirrlich. Vor allem das Wahlrecht können die Freisinnigen verbessern, namentlich in Preußen, denn mit Preußen steht und fällt auch das Wahlrecht in den Hansestädten. Aber nichts geschah. Im Reich des Bülowblocks hätte der Freisinn manches erreichen können, aber er fürchtete ausgeschaltet zu werden durch den schwarzen Mann, das Zentrum. Schützend breitete man die Arme über „unsere blauen Jungen“ im Sandwäntenkrieg — die Erhöhung der Löhne für die Soldaten lehnte die Reichstagsmehrheit ab. Die Zivilisten wurde erhöht — für die Kriegsveteranen hatte man nichts übrig. Das Zentrum dagegen ist offener: Wer Knecht ist, der soll auch Knecht bleiben! Wohl gibt Herr Klein Verbesserungspunkte zu mit unserm Programm, aber die h bleiben sie eben auf dem Papier stehen! In manchen Orten schließen die Liberalen mit uns Waffenbrüderschaft, Herr Klein aber kommt mit den abgeordneten Zukunftsstaatmäßen, Herr Klein, von Gottes Born Liberaler und Mischmasch Kandidat, reißt sich an unserer Internationalität, die wir doch pflegen, um Stärkung in ihr zu finden gegenüber dem internationalen Kapital. Die Liberalen hoffen auf 90 bis 100 Sitze im neuen Reichstag. Sie rechnen auf den Hansabund, sie empfehlen sich als das „kleinere Übel“. Der Freisinn war aber schon immer so, nicht selten hupfte er zurück. Wohl können gemeinsam mit dem Bürgertum Verbesserungen durchgeführt werden, wenn es nur dann nicht an Courage mangelte. Der sterbende Reichstag verabreichte noch einige Beruhigungsmittel, um im Wahlkampf sagen zu können: Seht, das machten wir! Da ist zum Beispiel zu nennen der Heimarbeiter-schutz, ferner das Privatangestelltengesetz. Aber wie sehen diese Gesetze aus? Das Privatangestelltengesetz will niemand haben; die Arbeitgeber lehnen es ab, die Versicherungsgesellschaften bieten mehr, die Handlungsgehilfen sind enttäuscht! Herr Klein hat darin recht, wenn er behauptet, die fortschrittliche Volkspartei habe nicht für die Verbrauchssteuern gestimmt, denn die Partei mit der jetzigen Firma wurde erst ein Jahr später gegründet. Aber die Liberalen waren dazu bereit. Und was hat Herr Klein nicht alles schon vollbracht! Ich, ich, ich! Er versuche einmal, bei seiner eigenen Behörde energisch vorzugehen, er wird der erste Postbeamte nicht sein, der dann fliegt! Einem schweren Wahlkampf geben wir entgegen. Ausrecht und geschlossen werden wir allen die Stirne bieten. Jede Stimme sei ein Protest gegen die Regierung, gegen die ganze heutige Wirtschaftsordnung. Alle fünf Jahre nur dürfen wir wählen, wir wollen nicht länger Knechte sein; herau denn alle an die Wahlurne, und wir werden glänzend siegen am 12. Januar!

Auch diese Ausführungen ernteten stürmische Zustimmung. Der Vorsitzende forderte nunmehr etwaig anwesende Gegner auf, das Wort zu nehmen. Eine Diskussion wurde aber nicht beliebt.

In seinen Schlußbetrachtungen beleuchtete dann der Genosse Löwig noch die Art der bürgerlichen Berichterstattung. Kurau soll nach dem „Hamb. Corresp.“ eine bündlerisch-sozialdemokratische Verbrüderung zumege gebracht haben. Der Redner verlas den Bericht des Hamburger Blattes über die Versammlung in Kurau, in der Klein so über alle Maßen blamabel abgeschnitten habe; die in der Kurauer Versammlung gefallenen Bemerkungen „Wer Klein wählt, ist ein Schuft“ und „Dat A. . . wählt wi nich“ wurden seitens der Versammelten mit jubelndem „Sehr richtig!“ unterstrichen. Es ist letzten Endes nur Neid von Herrn Klein, daß er nicht von den Agrariern an die Lombard gezogen sei. Noch 1907 ging der Mann doch Arm in Arm mit den Agrariern, über deren Kampfweise er jetzt zetert. Aber alles wird ihm nichts nützen, auch nicht, daß die hiesige bürgerliche Presse von ihm höchstselbst kritisiert „Sieges“ Berichte über seine ländlichen Versammlungsstege bringe. Kleins Bemerkungen über die Reichsfinanzreform sind nicht ernst zu nehmen wie seine Wägchen über den Zukunftsstaat. Auf solchen Schwindel fällt heute kein denkender Mensch mehr hinein.

Um 1 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung, nachdem ein vielhundertstimmiges Hoch auf den Sozialismus verklingen war.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 4. Dezember.

Der Sozialdemokratische Verein hält morgen abend im Gewerkschaftshaus eine wichtige Versammlung ab. In derselben wird die Genossin Schlomer über „Unsere Waffen im Wahlkampf“ referieren. Weiter wird die Abrechnung vom Matfonds gegeben sowie über die Abhaltung einer Silvesterfeier beschlossen. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

## Das Glend der Lübecker Heimarbeiterinnen.

Die „Lüb. Bl.“ schreiben: In dieser Zeit der Preissteigerungen und Leuerungszulagen ist es nicht mehr wehrlich, auf das Glend mancher Heimarbeiterinnen in Lübeck hinzuweisen. Es scheint, daß es hier in Lübeck eine Schar Frauen gibt, von denen man erwartet, daß sie sich einfach von der Arbeit selbst und nicht von deren Lohn ernähren sollen. Am Sonnabend, dem 18. November, fragte ich Frau K., was für Näharbeit sie in der letzten Woche gehabt habe. „Zehn Kissen bezüge“, lautete die Antwort. „Wieviele haben Sie denn dafür erhalten?“ „Eine Mark und achtzig Pfennig.“ „Und wie lange haben Sie daran gearbeitet?“ „Fünf Tage, denn die Bezüge waren mit Einsätzen und Falten, und die Knopflöcher mußte ich auch machen.“ Wie findet man das? Für 10 Bezüge 1,80 Mark! Eine Bezahlung, die nach meiner Berechnung den Stundenlohn eines Laufmädchens noch nicht erreicht, mag ein reiches Warenhaus einer Frau zu bieten, die nicht etwa eine Pfuscherin ist, sondern mit Hilfe eines Frauvereins und des Vereins zur Förderung weiblicher Berufs- und Erwerbstätigkeit so rößig im Weisnähen ausgebildet worden ist, weil sie als Ernährerin von vier kleinen kränklichen Kindern sich einer Arbeit außer dem Hause nicht widmen kann. Ein anderes Geschäft, das sich mir gegenüber rühnte, daß es an fertigen Sachen nur am Stoff, aber nicht



Die Arbeit verdient, hat dieser Frau für 1/2 Duzend Frauenhänden mit eingestrichenen Armen, Händen und Vorderfuß (ohne Belag) 1.50 Mk. gezahlt! Für ein Herrenhemd zahlte es früher 60 Pf. — damit wäre ich anstandslos einverstanden — am 27. November aber hat es, angefleht durch eine andere, lobenswerte Firma, nur noch 25 Pf. dafür übrig. Dagegen muß die Näherin selbst zuschneiden und auch immer noch das Garn dazu geben! Wo bleibt da der Sporn und die Freude an der Arbeit, die man doch jedem Menschen gönnen sollte, wenn man trotz angelegentlichem Fleißes auch nicht einmal das Unentbehrlichste verdienen kann? Die genannte Frau erhält von der Armenanstalt die übliche Unterstützung und könnte, wenn ihre Arbeit den Werte nach bezahlt würde, gut durchkommen, und jedenfalls wäre das für den Charakter der Frau viel dienlicher, als wenn sie wie jetzt auf die Wohlthätigkeit Privater angewiesen bleibt oder darben muß. Sollte es wirklich kein Mittel geben, hier einzuschreiten? Könnte man nicht Minimalsöhne festsetzen und dann eine Inspektoren anstellen, welche mit der Beaufsichtigung, ob solche nicht unterboten werden, beauftragt wird. Jede Heimarbeiterin könnte ein Buch führen, in welchem über den jedesmaligen Empfang der Entlohnung quittiert wird. Das Gehalt der Inspektoren würde durch Entlastung der Armenanstalt, durch Verminderung des Betzels und eine bessere Ernährung der betreffenden Familien reichlich aufgewogen werden, und mit der Zeit würde sich ja wohl auch eine gerechtere Entlohnung einbürgern und die Aussicht unmöglich machen. Jetzt aber ist sie eine dringende Notwendigkeit; wir dürfen die armen Näherinnen nicht der Willkür des Geschäftsinhabers überlassen. Diejenigen der letzteren, die gute Preise zahlen, werden ihre Hilfe in dieser Angelegenheit gewiß nicht versagen. Vielleicht könnte auch die Stellenvermittlung auf der Parade hier gute Dienste leisten, damit wenigstens gute Arbeiterinnen auch gute Löhne erhalten.

Männer würden sich schon selbst helfen und sich solche Entwürdigung ihrer Arbeit nimmer gefallen lassen. Frauen aber sind passiver angelegt, wie Pastor Kühner in seiner Schrift „Zur Frauenfrage“ ganz richtig hervorhebt, sie leiden und weinen im stillen, und daher ist es Pflicht der Allgemeinheit, hier helfend einzuschreiten.

Den Herren Geschäftsleuten möchte ich zum Trost auf meinen Angriff ihres Geldbeutels zurufen: Die Befolgung des Wortes: „Liebe deinen Nächsten als dich selbst“ kann keinem Menschen Schaden, denn der Segen kommt von oben.

Sachlich bestätigt der Verfasser Wort für Wort und Zeile für Zeile, was die sozialdemokratischen „Heger“ seit langen Jahren über das himmelschreiende Elend der Heimarbeiter gesagt haben, und in seinen Forderungen trifft er sich mit dem, was unsere Abgeordneten mit Aufgebot aller Energie und Verehrsamkeit und mit eindringlichem Appell an die vielgepriesene „christliche Nächstenliebe“ im Reichstage vertreten haben. Die bürgerlichen Parteien aber hatten für das stumme, unsagbare Elend der Armen aller Lohnsklaven nur Steine statt Brot, und für die Anträge der Sozialdemokraten, die hier ein christlich gesinnter Mann wiederholt, hatten sie nur das erbärmliche Schlagwort von der „Värenliebe“ der Sozialdemokratie zu den Heimarbeitern, das dann auch die Lübecker bürgerliche Presse mit sattem Wohlbehagen widerkäute!

Zugeknöpfte Taschen, hohle Redensarten, auf dem Papier bleibende Scheinwohlthaten — das ist alles, was nicht nur die ehrenwerten Beherrschten und Genossen, sondern, mit verschwindenden Ausnahmen, auch die Parteifreunde des Herrn Julius Klein für die Heimarbeiter übrig hatten.

Wer den Heimarbeitern helfen will, darf unter keinen Umständen einem bürgerlichen Kandidaten seine Stimme geben!

### Wahlstimme.

Die Kleinpartei bemüht sich kraßhaft, aus dem Wahlkampf ein Überbrettel zu machen. Seit Kurzem sind die Leute total „durchgedreht.“ Das Amtsblatt, das sich bisher reserviert verhielt und damit eine gewisse bescheidene Intelligenz verriet, begeht sogar die Geschmacklosigkeit, trotz alledem und alledem von einem in Kurze abgeschlossenen Bündnis zwischen Agrariern und Sozialdemokraten zu quasseln. Die „Anz.“ meinen, bei näherem Bekanntwerden werde die Sache sicher im Reich Aufsehen und Mißbilligung erregen. Als das niedergeschrieben wurde, war jedenfalls die Notiz schon unterwegs, in der dem „Samb. Kor.“ der „sensationalle Fall“ mitgeteilt und zugleich renommiert wird, Klein habe sich geschickt zu verteidigen gewußt. Davon hat kein Mensch außer Klein und seinem Reichmarschall etwas gemerkt. Vielleicht hat man dabei an seine „glänzende“ Abfertigung eines Zwischenrufers gedacht. Dieser bestellte nämlich während des Referats einige Glas Rogg, was Klein zu der Bemerkung veranlaßte, „auf solche unverständlichen Zwischenrufe könne er sich „natürlich“ nicht einlassen.“ Das war natürlich der einzige Witz, den der Abend ihm entlockte. Und nun ist er mit einem Male so zimperlich, daß er die lächerlich-stülpischen Äußerungen des Kurauer Oberagrars „unerschöpflich“ nennen und seinen Ärger durch die ganze liberale Reichspresse posäumen läßt. Wenn man solchermaßen die politische Unberührtheit in ein System bringt, darf man sich allerdings nicht wundern, wenn sich der Wähler eine gewisse Abkühlung bemächtigt. Und zwar auf Kleins Kosten! Nun ist das Gefasel von der „sozialdemokratisch-agrarischen Verbindung“ natürlich nicht nur „wurscht“, sondern sogar „knackwurscht“!

**Pastorale Duldbarkeit.** Die Stockelsdorfer Zeitungsfrau, die Herrn Julius Klein in seinen lächerlichen Versammlungen als Beweis für die höllische Verdrücktheit der Sozialdemokratie dienen muß, findet ein amüsantes Gegenstück in Lübeck. Dort hatte eine Austrägerin eines hiesigen sehr „staatserkaltenden“ Blattes und ein Austräger des „Volksboten“ die unter Kollegen allgemein übliche Abmachung getroffen, zur Ersparrung unnützer Wege ein paar Zeitungen zu teilen, dergestalt, daß die Zeitungsfrau ein paar „Volksboten“ übernahm und der Zeitungsmann ein paar Exemplare des bürgerlichen Blattes. Von letzterem erhielt auch ein Geistlicher eins; und als dieser nun dahinter kam, daß ihm ein Träger des „H. Volksb.“ sein Leiborgan ins Haus bringe, setzte er sich auf den Hofboden und schrieb an die Expedition des bürgerlichen Blattes einen geharnischten Brief, in welchem er forderte, daß sein Blatt ihm nicht von dem roten Zeitungsmann, sondern von der bürgerlichen Zeitungsfrau gebracht werden solle. In Koporturenkreisen hat man lange nicht so herzlich gelacht, wie über diesen Beweis priesterlicher Duldbarkeit.

O Zeitungsmann, o Zeitungsfrau, Vertauscht nicht eure Blätter! Denn — wird der Pastor es gewahrt, Dann raffelt auf das Sündenpaar Ein böses Donnerwetter!

Die englische Tischzeit als Hindernis für den bürgerlichen Kampfesmut. Das Amtsblatt ärgert sich sonderbarer Weise darüber, daß wir die gefragte Versammlung auf 11 Uhr vormittags angelegt hatten. Das soll zur Unterdrückung der Diskussion mit bürgerlichen Rednern geschehen sein. Denn — man höre! — dabei kommen uns die „menschlichen Zustände“ zur Hilfe, insofern die Teilnehmer nicht für die englische Tischzeit zu haben sind, und „der Magen sein Recht fordert.“ Also sinkt auch der Kampf der politischen Meinungen zur reinen „Magenfrage“ herab! Wir haben bisher immer geglaubt — und in Hinsicht auf unsere Anhänger mit vollem Recht — daß man sich in solchen Fällen einzurichten wisse und den Magen einmal ausnahmsweise der politischen Pflicht unterordne. Die Arbeiter kriegen es ja auch fertig, abends trotz der nach schwerer Arbeit eintretenden Müdigkeit mit voller Frische und gespannter Aufmerksamkeit politischen Diskussionen zuzuhören.

Doch unsere Bürgerlichen sind aus weicherem Holz geschnitten, sind verwöhnt und greinen, wenn sie nicht auf den Glockenschlag hinterm Suppenteller sitzen. Triebe nicht das lassen Interesse zu einer gewissen politischen Betätigung, das politisch e Interesse täte es gewiß nicht! Man kann dem Amtsblatt also danken für die zreffende Schilderung seiner Gesinnungsgegnossen. Weiter vergleicht es die Wiener-Versammlung mit der jetzigen und meint, der gegen jene erhobene Vorwurf sei hinsichtlich gewesen. Nun — wir haben dafür gesorgt, daß mindestens 4 Stunden länger zur Diskussion zur Verfügung standen, als beim Wiener-Vortrag. Diesen „kleinen Unterschied“ wird bei einiger Anstrengung wohl auch das Amtsblatt begreifen. Seine geistreichen Bemerkungen über Aufsehung, Revisionismus usw. schenken wir ihm. Unsere Gegner haben es beim Wahlkampf mit Sozialdemokraten zu tun! Und sie werden das zur Genüge zu spüren bekommen.

**Wählerversammlungen auf dem Landgebiet.** In Schönböken (Steinrader Baum) sprach am Sonntagmorgen Genosse Rasch über die bevorstehenden Wahlen. Die Versammlung war gut besucht. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Einige neue Parteimitglieder und „Volksboten“-Abonnenten wurden gewonnen.

Die öffentliche Volksversammlung, die am Sonntag nachmittag im Saale des „Wachholderkrugs“ in Moorgarten tagte, war von 100 Personen besucht. Unser Genosse Bromme referierte über die volkstümliche Politik der bürgerlichen Parteien und die bevorstehende Reichstagswahl. Besonders scharf wandte sich der Referent gegen die Partei und die Agitationsweise Kleins. In der Diskussion sprachen mehrere Genossen im Sinne des Referenten. Nach der Versammlung ließen sich so viele neue Mitglieder in die Partei aufnehmen, daß Moorgarten jetzt 21 Parteimitglieder zählt. Die Genossen forderten die Errichtung einer Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins. Und so konnte im Anschluß an die öffentliche Versammlung gleich die erste Mitgliederversammlung der Partei abgehalten werden. Auch eine Zahlstelle des Landarbeiter-Verbandes kam noch am selben Abend zustande. Mit dem Erfolg können wir zufrieden sein.

**Das Resultat der Lübecker Gewerbegerichtswahlen** wird nunmehr amtlich bekannt gegeben. Danach sind die Kandidaten der freien Gewerkschaften sowie die die von der gemeinsamen Arbeitgeberkommission aufgestellten Leute gewählt worden; nur Direktor Hornemann ist „mehreren Obermeistern“ zum Opfer gefallen, die an seiner Stelle für den Fabrikanten Stedch heimlich Propaganda gemacht hatten.

**Im Lübecker Hafen wird in unglaublich großem Umfang geschmuggelt.** So stellt ein Zollbeamter in einer Zuschrift an den „Reichszollbeamten“ fest, in der er sich über allzu anstrengenden, gesundheitsgefährlichen Dienst der Zollausseher beschwert. Und er fügt hinzu: „Das ist allgem ein bekannt. Trotzdem tritt keine Änderung ein. Das ist nämlich nicht zu verstehen, wie bei unserer Zollbehörde leider manches nicht zu verstehen ist. Wie kann ein Beamter nachts eine Strecke von etwa tausend Metern mit drei Schiffen wirklich beaufsichtigen? Ist er auf seinem Aufsichtsgange an dem einen Ende angelangt, so kann am andern natürlich sehr bequem geschmuggelt werden, und das geschieht denn auch, wodurch dem Reich, somit auch dem Lübecker Staat, große Summen entgehen.“ Die Zollbehörde wird nicht umhin können, sich zu diesen Behauptungen zu äußern und auch den offenbar nicht unberechtigten Klagen über den Dienst näherzutreten.

**Handelsregister.** Am 1. Dezember 1911 ist eingetragen 1. bei der Firma Lüders u. Stange, Lübeck: Die Procura des Wilhelm O. S. Budach in Lübeck ist erloschen; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Lesser u. Limann, Berlin, Zweigniederlassung in Lübeck: Der Gesellschafter Th. J. F. Lesser in Berlin ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

**Die Maul- und Klauenseuche** ist unter dem Viehbestande des Hünners Th. Schlüter in Genin festgestellt und dessen Gehöft unter Sperre gestellt worden.

**Eigentumsvergehen.** In der Nacht vom 1. bis 2. ds. Mts. sind in Schwarzenbeck 2 Brennabor-Fahrräder und zwar 1 Damenrad mit der Fabriknummer 648 235 und ein Herrenrad mit der Fabriknummer 567 625 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. — Am 2. d. Mts. abends gegen 8 1/2 Uhr ist vor dem Hause Untertrave 37 ein Fahrrad Marke „Blig“ mit schwarzem Gestell, eben solchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 15 392 gestohlen worden. — Aus der Fernsprecheinrichtung am Wege nach Wulfsdorf sind etwa 100 Meter Hartkupferdraht von 2 Millimeter Stärke gestohlen worden.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Am Dienstag gelang der Operettenschlager „Das Musikantenmädchen“ von Jarno zur nochmaligen Aufführung. Für Mittwoch befindet sich bei kleinen Preisen die reizvolle Operette „Der Zigeunerbaron“ von Johann Strauß in Vorbereitung.

**Aus dem Fürstentum.** In Neukirchen fand gestern nachmittag zu ersten Male auf einer Diele eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Stelling-Lübeck die Reichstagswahlen behandelte. Abends tagte in Passendorf mit dem gleichen Thema und Referenten eine Versammlung, die über Erwarten stark besetzt war. In der Diskussion wies Genosse G. Loew-Neudorf auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hin. Eine Reihe Mitglieder wurde hier für den Landarbeiterverband gewonnen.

**Schwartau.** Kriegervereinschmerzen. Das Schwartauer Blättchen stimmt ein langes Klageleid darüber an, daß die Mitglieder des Kriegervereins, namentlich die „besseren“ die Festlichkeiten nicht mehr besuchen und sogar die Großherzogsgedurtsfeier schwänzten. Das ist wirklich schlimm und man hört schon die bange Frage: „Kinder, Kinder, wie soll das noch end'gen?“, wenn schon in Schwartau bei den Kriegern sich der Gesmach bessert.

**Samburg.** Streik in der „Victoria“. In der Inzasso-Kentrale der „Victoria“-Versicherung ist es zur Arbeitseinstellung von 42 Ginnnehmern gekommen. Diese Angeestellten haben ihre Kündigung zum 31. Dezember ausgesprochen. Der Grund der Arbeitseinstellung ist die wiederholte Maßregelung von Vertrauensleuten der Angestellten, nament-

lich aber die recht willkürlich gehandhabte Entlassung von Ginnnehmern wegen angeblich ungenügender erfolgter Requisition. — Trotz mehrmaliger Angebote der Organisation dieser Angestellten, des Verbandes der Bureauangestellten, hat die Direktion jedes Verhandeln über die Streitpunkte kurzgehand abgelehnt. Die Samburger Angestellten sind entschlossen, den Kampf gegen die „Victoria“ mit den äußersten Mitteln und mit aller Schärfe durchzuführen. Es wird gebeten, für die weiteste Verbreitung dieses, die „Victoria“ kennzeichnenden Kampfes zu sorgen und jeden Zugang nach Samburg fernzuhalten.

**Wandsbek.** Eine Anerkennung positiver sozialdemokratischer Arbeit. Dem verstorbenen Stadtverordneten Genossen von Rosbicht widmete der Oberbürgermeister Rauch, ein hochkonservativer Herr, folgenden Nachruf: „Ein Mitglied dieser Versammlung, Herr Stadtverordneter v. Rosbicht, ist, seit wir hier zum letzten Male verammelt waren, aus dem Leben geschieden. Er gehörte der Stadtverordneten-Versammlung seit Beginn des Jahres 1909 an; in dieser Eigenschaft hat er sich an allen Aufgaben der Verwaltung lebhaft beteiligt, ich glaube, kaum in einer Sitzung der Stadtverordneten gefehlt und auch in den Kommissionen ein reges Interesse an allen sie beschäftigenden Angelegenheiten an den Tag gelegt. Wenn uns auch von seinen Anschauungen eine weite Kluft trennte, so haben wir doch in ihm den charaktervollsten Mann geschätzt und den Freimut und die Offenherzigkeit bewundert, mit der er seine Ansichten zur Geltung brachte. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.“ Hört man draußen die bürgerlichen Heher, dann müßte man glauben, sozialdemokratische Gemeindevorsteher bedeuten ein Unglück für eine Stadt. Auch in Wandsbek ist es die alte Leier, und der gewesene Parteifreund Julius Klein, der Reichsverbändler Wiemann, ist es, der die Walze dreht. Hier klingt's einmal aus berufenem Munde anders!

**Altona.** Verhafteter Justizrat. Ein in der Altonaer Gesellschaft sehr angesehener Rechtsanwalt, der Notar Justizrat Dr. Carl Waetke, ist wegen Unterschlagung nach dreijähriger Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in Untersuchungshaft gesteckt worden. Über die Höhe der Unterkaufe ist noch nichts Genauer bekannt, doch sollen außer 200 000 Mk. Privatgeldern auch 170 000 Mark fehlen, um die Stadt Altona geschädigt ist. Der Stadtverwaltung ist es auch zu danken, wenn die Dinge jetzt ans Tageslicht gekommen sind. Ihr war eine Erbschaft über 270 000 Mk. zugefloßen, deren Zinsen aber den noch lebenden Verwandten des Erblassers zustanden. Justizrat Waetke hatte für deren Lebenszeit die Verwaltung des Vermögens. Mehrere Mahnungen der Stadtverwaltung auf Rechnungslegung blieben unerledigt. Darauf verklagte sie Waetke, der sich ohne weiteres übergeben ließ. Da wurde die Sache dem Staatsanwalt übergeben und nun festgestellt, daß von dem Geld nichts mehr vorhanden ist.

**Neumünster.** Ein Schleswig-holsteinisches Säuglingsheim nebst Verforgungshaus soll in Neumünster errichtet werden. Der Magistrat erklärte sich bereit, das erforderliche Terrain unentgeltlich herzugeben. Eine Kommission bereite zahlreiche Städte und benützte derartige Anstalten, worauf ein Projekt aufgestellt wurde. Die Baukosten mit der Einrichtung sind auf 100 000 Mk. veranschlagt. Der jährliche Zuschuß ist auf 5-6000 Mk. berechn. In dem Heime sollen „gefallene“ Mädchen und deren Kinder Unterkunft finden.

**Kiel.** Wieder ein militärisches Schreckensurteil! Das Oberkriegsgericht der Hochseeflotte hat die Matrosen Tichann und Saue vom Panzerkreuzer „von der Tann“ wegen militärischen Aufruhrs unter Anwendung von Gewalttätigkeit gegen Vorgesetzte zu je fünf Jahren und einem Tag Zuchthaus und Ausstoßung aus der Marine verurteilt.

**Schwerin.** Die mecklenburgische Verfassungskommission. Die mecklenburgische Regierung hatte ihre Verfassungsvorlage, das berühmte Monstrum, das der Landtag durch die Abstimmung der Bürgermeister einmal zu Fall gebracht hatte, bekanntlich wiederholt. Freitag nachmittag hat die Landchaft (das sind die Bürgermeister) diese Vorlage durch gesonderte Landesbestimmung abermals zur Ablehnung gebracht.

### Sprechsaal.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

#### Mißstände auf dem Hofhofenwerk.

Die Bude, die für die Hafnarbeiter des Hofhofenwerkes als Aufenthaltstempel während der Pausen bestimmt ist, befindet sich gegenwärtig in einem Zustande, der dringend der Änderung bedarf. Infolge des vor einiger Zeit eingetretenen niedrigen Wasserstandes der Trave hatte sich ein Teil des Bodens so gesenkt, daß die Bude ganz schief steht. Dazu kommt, daß der Ofen stark dunkelt und dort eine ungläubliche Unsauberkeit herrscht, sodaß der Aufenthalt in der Bude fast unmöglich ist. Es wäre dringend notwendig, daß der Hafnarbeiter sich einmal von diesen unhygienischen Zuständen überzeugen und für Abhilfe sorgt. Beschwerden waren bisher nutzlos. Mehrere Hafnarbeiter.

#### Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.  
D. „Gebina“ ist am Sonntag abend von Riga auf hier abgegangen.  
D. „Kurik“, Kap. L. Gräslund, ist am Sonntag vor-mittag 10 Uhr von Westermis auf hier abgegangen.  
D. „Gauthiod“, Kap. Rudolf Carlsson, ist heute morgen 4 Uhr von Kalmar auf hier abgegangen.

#### Briefkasten.

**2 Streitende.** über die Firma G. F. Meiners wurde im Jahre 1909 das Konkursverfahren eröffnet.  
**J. R.** Das jährliche Schulaeld beträgt im Katharinen- und Johanneum in den Vorklassiken 120 Mk., in den übrigen Klassen 160 Mk., in der Realschule 120 Mk. für alle Klassen und in der Mittelschule 40, 50 und 60 Mk., von 3 zu 3 Jahren steigend.  
**Mehrere Reichstagswähler.** Am 23. November 1891 wohnte Wilhelm II. der Rekrutenvereidigung der Garde-regimenter in Potsdam bei und sagte nach einem in der „Reiher Zeitung“ enthaltenen Bericht: „Ihr habt mir Treue geschworen, das — Kinder meiner Garde — heißt, Ihr seid jetzt meine Soldaten, Ihr habt Euch mir mit Leib und Seele ergeben; es gibt für Euch nur einen Feind und der ist mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen — was ja Gott verhalten möge — aber auch dann müßt Ihr meine Befehle ohne Murren befolgen.“

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.





Nach langen in Geduld getragenen Leiden starb am Sonnabend abend, 7 1/2 Uhr, meine liebe Frau, meiner Kinder liebevolle Mutter, unsere gute Schwiegertochter, liebe Schwester u. Schwägerin

**Minna, geb. Krieger**

im vollendeten 88. Lebensjahre. Innigst betrauert von mir und meinen Kindern.

**Karl Möller, Bülowstr. 18.  
H. Möller u. Frau.  
H. Beitel u. Frau.  
M. Fischborn u. Frau.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 7. Dezember, morgens 11 Uhr, von der Kapelle Burator aus statt. Trauerfeier 10 3/4 Uhr.

Sonntag abend 10 Uhr entschlief sanft nach kurzer aber schwerer Krankheit unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester **Meta**, 11 Jahre alt.

**Fr. Schimmelbusch und Frau, Auguste, geb. Fallwig, nebst Kinder.** Beerdigung am Donnerstag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofs aus.

# Wer empfindet die jetzige Teuerung am meisten?

Die Hausfrauen, die bei gleichem Wirtschaftsgelde höhere Preise für Lebensmittel bezahlen sollen. Gegenüber den teuren Butterpreisen schafft einen Ausgleich die beliebte Qualitäts-Margarine

## Siegerin

Der vollkommenste Ersatz für Molkereibutter, aber nur halb so teuer!

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

### Eine fast neue Spieldose

billig zu verkaufen. Gebühre 15.

### Danksagung.

Für die uns beim Ableben unseres lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme und reichen Kranzpenden, sowie Herrn Pastor Stücken für die trostreichen Worte am Grabe sagen wir unsern innigsten Dank.

### Familie Jürß.

Umzugshalber zum 1. Jan. 1912 eine freundliche Drei-Stuben-Wohnung zu vermieten. **Grimm, Vorwerk, Dorfstraße.**



**Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.**

### Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.60** Mk.

### Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Zahlstelle Lübeck.

### Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am Montag, d. 4. Dezember abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Revisionsbericht über den in der letzten Versammlung gefassten Beschluß.
  3. Vortrag des Kollegen Radde.
  4. Abrechnung vom Wintervergnügen.
  5. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen erucht **Die Ortsverwaltung.**

### Sozialdemokratischer Verein Trems-Vorwerk.

### Mitglieder-Versammlung

am Montag, d. 4. Dezember abends 8 1/2 Uhr beim Genossen **H. Schulz.**

- Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Wichtige Gemeindeangelegenheiten.
  3. Verschiedenes.
- Wegen der wichtigen Tagesordnung bittet um zahlreiches Besuch **Der Vorstand.**

### Sparklub Gewerkschaftshaus.

Heute Montag, den 4. Dezember abends 9 Uhr: **Außerord. Versammlung. Der Vorstand.**

### Neues Stadttheater.

Dienstag, 5. Dezember. 7 1/2 Uhr. **Das Musikantenmädchel.** Operette von Georg Jarro. Mittwoch, 6. Dezbr. Abds. 8 Uhr. **Bei kleinen Preisen! Der Zigeunerbaron.** Operette von Joh. Strauß.

### Schmucksachen m. Photographien

von Mk. 2.00 an. **Atelier Lubeca, Breite Str. 13.**

**Hasenfelle, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs** etc. sowie **Pferdehaare** kauft zu höchsten Tagespreisen **D. Wagner, HofstraÙe 8.**

Gefunden 1 Portemonnaie mit Inhalt, in der Königsstraße. Abzuholen Bleicherstraße 7.

### Heimatsbrot

der Hannoveraner, Thüringer, Ost- u. Westpreußen, Pommern, Süddeutschen empfiehlt täglich frisch **B. Fisahn, jetzt Werferstraße 70**

Um den Kundenpreis zu vergrößern gibt bedeutendes Geschäft g. kl. wöchl. Ratenzahl. preisw. eleg. Herren-Anzüge u. Paletots fertig u. nach Maß ab. Off. u. R2 a. d. Exp. d. Bl.

**Das**

**sind**

**sie!**



# „Union-Brikets“

welche

billiger und besser sind als Steinkohle.

**Machen Sie einen Versuch!**

Erhältlich in den Kohlenhandlungen!

## Butter

wird in allen Verwendungsarten am besten ersetzt durch

### Van den Bergh's

berühmte, beliebte und bewährte Margarinemarken:

**Vitello** ..... 80<sup>g</sup>

**Clever Stolz** ..... 90<sup>g</sup>

**Unerreicht** (leicht gesalzen) ... 100<sup>g</sup>

**Sanella** (reines Pflanzenprodukt, hergestellt nach dem Verfahren des Erfinders Geh. Medizinalrat Professor Dr. Oscar Liebreich) ..... 90<sup>g</sup>

Im eigenen Interesse der Käufer ist darauf zu achten, daß auf Verlangen auch wirklich obige Marken verabreicht werden.

Vertretung und Fabrikniederlage: **Kühl & Davidsen,**

Fehrspeicher 1150. Lübeck. Braunstraße 38.

## Zur Aufklärung

über die Herstellung von Palmin!

Es besteht vielfach noch die Ansicht, Palmin sei ein aus verschiedenen Fetten zusammengesetztes Kunstprodukt, das irgend welche unbekanntem Zusätze oder Beimischungen enthalte.

Obwohl schon der überaus reine Geschmack des Palmin erkennen läßt, daß diese Anschauung auf einem Irrtum beruht, erklären wir, um Mißverständnisse zu beseitigen:

**Palmin ist absolut reines Pflanzenfett und besteht einzig und allein aus dem sehr fettreichen Fleisch der Kokosnuß; es wird daraus durch Pressung und Reinigung gewonnen und weist keinerlei Zusätze irgend eines anderen Stoffes auf (auch kein Wasser), enthält vielmehr 100% reines Fett.**



Palmin ist neuerdings auch weich (schmalzähnlich) zu haben.

**H. Schlinck & Cie. A.G.**

## Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

c. G. m. b. H.

## General-Versammlung

am Donnerstag, dem 7. Dezember 1911

abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

- Tages-Ordnung:
1. Jahresberichte.
  2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
  3. Beschlußfassung über die Verteilung des Überschusses.
  4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts.
  5. Antrag auf Änderung der §§ 29, 35, 36 und 42 des Statuts.

Eintritt nur gegen Legitimation. Mitgliedsbücher oder Karten legitimieren.

**Der Aufsichtsrat.** Rob. Waldburger, Vorsitzender. Für die Angehörigen der Mitglieder ist die Galerie reserviert.



## Die Sozialdemokratie und die Schule.

Kürzlich erschien im „Hamburger Generalanzeiger“ unter der Überschrift „Ein Stücklein rotes Himmelreich“ ein Artikel der Frau Martha Vohs-Zieg, Stockelsdorf. Die Verfasserin machte der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie in der Gemeinde Stockelsdorf nicht eintrete für einen zeitgemäßen Ausbau der Schule, daß sie die nötigen Gelder für Lehrmittel ablehne, sowie den Lehrern berechtigten Wünsche in gehaltlicher Beziehung nicht erfülle. Dieser Artikel fand in der bürgerlichen Presse weite Verbreitung und im bevorstehenden Reichstagswahlkampf wird er sicher oft als Kampfmittel angewandt werden. Der „Lübecker Volksbote“ brachte in seiner Nummer 261 vom 11. November eine Entgegnung bezw. Berichtigung. Von einer Kenntnisnahme hiervon durch die bürgerliche Presse hat man nichts erfahren. Die Sozialdemokratie hat zurzeit auch die Majorität in der Gemeindevertretung Kensefeld und hatte sie vor einigen Jahren in Schwartau. Es ist nicht uninteressant, an der Hand der Tatsachen nachzuweisen, wie hier die Sozialdemokratie ihrem Programm getreu für den Ausbau der Schule und Besserstellung der Lehrer eingetreten ist. Der Frau Vohs hat wohl die Ablehnung des Gehaltes ihres Mannes um Bewilligung von 700 Mk. Wohnungsgeld es angetan, sie wird wohl von dem Gedanken beherrscht, alle Gesuche der Lehrer sind zu bewilligen. Im vorliegenden Fall hat auch eine Beschwerde bei der Regierung in Cutin den Herren nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Wir empfehlen der Frau Vohs-Zieg, sich einmal bei ihrem Manne zu erkundigen, warum er als Mitglied des Gemeinderats zu Cutin die kleine Aufbesserung des Gehalts der Nachpolizisten bezw. Gemeindevorsteher ablehnte, womöglich findet sie hierin Stoff zu einem neuen Artikel, oder sie erkennt den Grund der Ablehnung durch unsere Genossen. Wie sagt doch ein alter Spruch: „Jede Schuld rächt sich auf Erden.“ Doch soll damit nicht gesagt sein, daß unsere Genossen das Gesuch nur deshalb ablehnten, damit sich die Wahrheit obigen Spruches an Herrn Vohs erweise. Den berechtigten Wünschen der Lehrer hat unsere Partei stets Gehör geschenkt. Während unsere Genossen in der Gemeindevertretung in Schwartau die Mehrheit hatten, erhöhten sie die Gehaltsbezüge sämtlicher Lehrer, sie stellten in dieser Beziehung eine Gleichstellung mit den Lehrern in Cutin her. Weiter stellten unsere Genossen die Schule reich mit Lehrmitteln aus, insbesondere bewilligten sie größere Beträge für die Schülerbibliothek. Die Klassenzimmer wurden früher mit Kalkfarbe getüncht, unsere Genossen bewilligten die Mittel zum Anstrich und zum Ausmalen. Leider war unsere Majorität nicht von langer Dauer und zum Teil wurden die angegebenen Verbesserungen vom bürgerlichen Gemeinderat vollendet; den Anstoß aber haben die Sozialdemokraten gegeben.

In der Gemeinde Kensefeld sind unsere Genossen erst seit einigen Wochen nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in der Mehrheit, zwei Jahre hatten sie die Hälfte der Sitze inne, in den früheren Jahren nur ein Drittel. Dem geschickten und taktvollen Vorgehen unserer Genossen ist auch hier zu danken, wenn Verbesserungen für die Schule eingeführt wurden. In erster Linie ist zu nennen die Anstellung einer geprüften Handarbeitslehrerin für Kensefeld und Gr.-Parin. Da unsere Genossen damals nicht in der Schulkommission veriterten waren, stellten sie

durch den Schulinspektor einen diesbezüglichen Antrag. Dieser wurde natürlich des Kostenpunktes wegen von der Schulkommission abgelehnt. (2 Mitglieder aus den Reihen der Landleute und der Gemeindevorsteher gegen Schulinspektor und Hauptlehrer.) Darauf wandte sich der Schulinspektor in dieser Sache an die Regierung, und diese verfügte später die Anstellung einer geprüften Handarbeitslehrerin. Früher wurde der Handarbeitsunterricht von Frauen erteilt, die etwas Ahnung von der Schneiderei hatten, aber nicht das Geschick zeigten, mit einer Klasse umzugehen. Als die Handarbeitslehrerin, die zur Zufriedenheit der Beteiligten arbeitet, um Gehaltserhöhung einkam, wurde ihr diese gern bewilligt. Bei dergleichen Petitionen wahren sich unsere Genossen stets das Recht der eingehenden Prüfung. So gewährten sie vor kurzem dem Lehrer Nerdel eine einmalige persönliche Zulage, weil er durch das neue Besoldungsgesetz von zwei jüngeren Kollegen im Gehalt überholt wird. Im Laufe der letzten Jahre wurde das Wohnungsgeld für die verheirateten Lehrer verschiedentlich erhöht, so erst in diesem Jahre von 400 Mk. auf 450 Mk. Der Gemeinderat ging 50 Mk. höher als im Gesetz festgelegt ist. Die Lehrer verlangten das gleiche Wohnungsgeld wie in Schwartau, hier wird 500 Mk. bezahlt. Für die jungen Lehrer und Lehrerinnen steht das Besoldungsgesetz ein Aufwärtsgeld von 50–100 Mk. vor. Unsere Genossen stimmten für 100 Mk., die Regierung lehnte diesen Beschluß ab und bestimmte den Satz von 75 Mk. So sind in mancher Beziehung der Gemeindevertretung Grenzen gezogen, bei allen Bewilligungen ist auch die steuerliche Belastung der Gemeinde zu bedenken. Unsere Genossen wollten durch derartige Bewilligungen die Berufsfreudigkeit der Lehrer und Lehrerinnen zum Nutzen der Schüler heben.

Unsere Genossen zeigten sich sofort bereit, Verbesserungen in gesundheitlicher Beziehung durchzuführen. In den meisten Schulen des Fürstentums finden zweimal wöchentlich große Reinigungen statt. In der Gemeinde Kensefeld sind die Fußböden der Schulstuben mit einem besonderen Öl geölt und sie werden seit 2 Jahren täglich gereinigt. Zu dieser täglichen Reinigung paßt das sonstige Äußere der Schulstuben, nämlich der Scharbenanstrich nebst Fries. In der Bewilligung der Gelder für Lehrmittel zeigten sich unsere Genossen nie knickiger, so wurden zum Beispiel in der letzten Schulkommissionssitzung für die Klasse zirka 50 Mk. für Lehrmittel bereit gestellt. Für die Schülerbibliothek wird jeder Schule jodel gewährt, daß sie Mitglied des Vereins zur Hebung der Volksbildung werden kann.

Die Lehrer haben also keine Ursache mit der sozialdemokratischen Majorität unzufrieden zu sein, sie finden in der Sozialdemokratie eine Förderin ihrer Ideen. Ein Programmpunkt des Lehrervereins ist die Forderung der unentgeltlichen Lieferung der Bücher und dergleichen an die Schüler. Als unsere Genossen in Kensefeld in dieser Beziehung eine Anbahnung versuchten, entstand ihnen neben dem Gemeindevorsteher in dem Hauptlehrer unserer größten Schule ein bestiger Gegner. Aber trotzdem wird die Sozialdemokratie ihr Ziel unentwegt verfolgen. Kommt auch nicht an einem Tage erbaut worden.

## Der vergessene Mittelstand.

Nun, da der Reichstag seine letzten Sitzungen abhält, rüsten sich die Abgeordneten zur Wahlagitacion. Redner, die keinen Überfluß an eigenen Ideen haben, machen es sich bequem, indem sie die alten Reden hervorholen und neu einstudieren. Hierbei ist einer großen Anzahl Abge-

ordneter zu ihrem nicht geringen Schrecken zu Gesicht gekommen, daß sie vor fünf Jahren versprochen haben, den Mittelstand zu retten. Sie haben aber in der Zeit nicht allein keine entsprechende Gesetze gemacht, sondern noch garnicht einmal dahinaehende Anträge gestellt. Das Antragstellen muß daher nun noch schnell nachgeholt werden. Es werden jetzt Anträge gestellt, von denen man weiß, daß sie nicht mehr beraten werden. Aber in der Agitation braucht man sie.

Den Anfang machten die Nationalliberalen, indem sie noch Ende November einen Antrag einbrachten, der einen Gesetzentwurf zur Regelung des Submissionswesens enthielt. Aber, sagen die anderen Mittelstandsretter, wenn die Nationalliberalen vorgehen, dann dürfen wir nicht zurückbleiben.

Unter Führung des Freiherrn v. Hertling rückt das Zentrum ins Feld und beantragt eine Resolution, in der die verbündeten Regierungen ersucht werden:

A. dem Reichstag alsbald Gesetzentwürfe vorzulegen, durch welche

1. die Wanderlager und Wanderauktionen in der Regel gänzlich verboten werden,
2. die Vorschriften der Gewerbeordnung über das Detailreisen erheblich verschärft werden,
3. die Interessen des Gewerbestandes und des kaufenden Publikums gegenüber den Abzählungsgeschäften mehr als bisher geschützt werden.

B. Maßnahmen zu treffen, welche

1. dem heimlichen Warenhandel wirksam entgegenzutreten,
2. dem Kleinhandel in den Handelskammern eine stärkere Vertretung sichern,
3. Erhebungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes und die Mittel zur Förderung dieses Standes unter Anhörung der verschiedenen Interessentengruppen bewirken,

Die nationalliberalen und klerikale Mittelstandsretter hat den patentierten Mittelstandsrettern von der Wirtschaftlichen Vereinigung (Behrens und Genossen) einen argen Schreck eingelagert: Ihnen so etwas von unlauterem Wettbewerb zu bieten! Aber sie werden zeigen, daß sie sich von niemand übertrumpfen lassen; sie setzten sich sofort auf die Hosen, schrieben und reichten unter den Namen der Abgeordneten Rieseberg und Raab den Antrag ein.

„die Regierung zu eruchen, zum Schutze und zur Stärkung namentlich der kleineren und mittleren gewerblichen Betriebe Gesetzentwürfe vorzulegen oder entsprechende Verordnungen zu erlassen, wobei zunächst folgende Forderungen durchzuführen wären:

1. Zeitgemäße Ausdehnung des gewerblichen Beschäftigungswesens.
2. Heranziehung der Fabrikbetriebe und der juristischen Personen zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, der Fachschulen und der Handwerkskammern.
3. Nur volljährigen Personen ist die selbständige Ausübung eines Gewerbes zu gestatten.
4. Die Anwendung des ganzen Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen ist reichsgesetzlich zu regeln.
5. Abänderung des § 100q der Gewerbeordnung. (Preisfestsetzung durch die Stimmungen. D. R.)

## Heebären.

Erzählung von Gustaf Janson.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
„Ja,“ sagte Kapitän Strand und deutete auf seinen Freund, „er schlug sich durch.“

„Das hatt' ich ja versprochen,“ lautete die Antwort. Die beiden Alten nickten sich zu, stießen miteinander an und leerten ihr Glas bis auf den letzten Tropfen.

„Mara liegt auf dem kleinen Kirchhof in Stagen. Auf ihrem Grab steht eine Trauerweide; die hab' ich selbst dahin gepflanzt. Sie wird inzwischen wohl vertrocknet sein, es ist schon gar zu lang her. Das ist die Geschichte von Manne Strands Hochzeitstafel, die drei Jahr' aufgehoben ward' und auf Stagens Sandbänken ihr Ende fand.“

„Prost!“ rief Kapitän Fors mit seiner tiefen Stimme ein hob sein Glas.

Wir kamen ihm auf halben Weg entgegen, und unsere Gläser klangen aneinander; dann tranken wir schweigend lange, tapfere Schlucke auf das Andenken der blaffen, jungen Frau, die dem großen Kinde Manne Strand Weib' und Mutter zugleich gewesen.

Es war eine Weile still nach der letzten Erzählung. Aber bald unternahmen die beiden Freunde wieder einen Ausflug auf das Meer ihrer gemeinsamen Erinnerungen. Indessen merkte man doch, daß sie es hauptsächlich taten, weil es ihnen Vergnügen machte, ihre eigene Stimme zu hören, und nachdem sie noch ein wenig unhergeplätschert und angefangen, müde zu werden, fand ich, daß die Reihe an mir war.

Ich schlug ceremoniös an mein Glas, um Stillschweigen zu gebieten, und als sie auf mein Signal acht hatten, fing ich meine kleine Rede an.

Ich hatte keinen Brunnen der Erinnerung, aus dem ich schöpfen konnte, aber ich sah vor mir zwei Männer, die wohl einige bewundernde Worte vonseiten der jungen Welt wert waren, als deren Dolmetscher ich mich berufen fühlte. Ich redete von der guten alten Zeit, als sie ihrerseits jung gewesen und groß von sich und andern gedacht hatten, von ihren Hoffnungen, ihren Leiden und Freuden, die sie damals empfunden. Ich hielt meine Rede für Männer, die in allem ihrer Pflicht genügt, weit über das für Männer berechnete Maß hinaus, und ich hob mein Glas für diese beiden, die

ohne einen Gedanken an ihre eigene Sicherheit allen Stürmen des Weltmeeres getrotzt und tausend Mühseligkeiten und Gefahren standgehalten.

„Danke, Bruder!“ sagte Kapitän Fors ein wenig erstaunt, als ich ausgeredet hatte. Er hatte mich offenbar als eine stumme Nebenperson betrachtet und war wenigstens teilweise — angenehm überrascht, daß ich, wenn nicht zu den redseligen, so doch zu den redenden Wesen gehörte.

„Ja, schönen Dank!“ stimmte auch Kapitän Strand bei. „Deine Rede war sicher gut gemeint, durch und durch gut sozusagen, aber Du verstehst keinen Deut von der Sache. Heutzutage ist weiß Gott was für'n Geschrei, wenn einer seine Pflicht tut, als ob das was Rechts wär. Das ist doch einem jeden seine verdammte Schuldigkeit, daß er tut, was er kann. Und wenn er was mehr kann, dann ist das auch seine Schuldigkeit und nichts, um damit dick zu tun. Wir beiden haben getan, was wir konnten, und damit Punktum. Wir verlangen kein Lob, wir können uns auch so behelfen. Aber, schönen Dank, wie gesagt; es war ja immerhin ganz nett anzuhören.“

Hierauf blieb ich die Antwort schuldig, aus dem einfachen Grunde, weil ich nicht wußte, was ich antworten sollte.

„Na, nu haben wir ordentlich was zusammengeredet — nicht für Deine Rechnung mein Jung — Kapitän Strand lachte gutmütig ironisch, wie er das äußerte — sondern, weil wir das immer tun, wenn wir beide zusammenkommen. Ja, Kalle, verschiedene Dummheiten hat einer in seinem Leben an den Tag gegeben, aber reuen tut mich doch keine davon.“

„Neuen,“ sagte Kapitän Fors, und seine Haltung wurde strammer — „zu was nützt das? Was getan ist, ist getan — ob gut oder schlecht, das gehört nicht hierher. Die Hauptsache ist doch, daß einer für das aufkommt, was er tut. Na, nu kann es für heute genug sein mit dem Reden, nu bin ich müde und leg mich hier aufs Sofa. Gute Nacht! Ach, Manne, laß doch das Fenster zu, was willst du den schönen Rauch rauslassen? Frische Luft krieg' ich doch genug.“

Ich erhob mich, bot den beiden jugendlichen Alten die Hand und entfernte mich. Ich wünschte mir Glück, im selben Hause zu wohnen, denn die vielen Pfeifen und die vielen „Starken“ waren mir ein wenig zu Kopf gestiegen. Das war vermutlich auch die Veranlassung, daß ich mich, während ich die Treppen hinaufstappte, gründlich über die

fogenannte Rede, die ich vorhin gehalten, ärgerte. Dinterher fand ich es nämlich so unsagbar armselig und nichtig, daß ich der üblichen Sitte nachgegeben und diesen beiden Männern der Tat mit etwas so Wertlosem, wie Worte es sind, gekommen war.

Als ich mich eingehend mit den Erlebnissen des Abends beschäftigte, merkte ich erst, wie sentimental wir alle drei gewesen. Daß die beiden Alten, die einem andern Zeitalter angehörten, sich dieser Gefühlstimmung überließen, war ja nur in der Ordnung, sie blieben dem Ideal ihrer Jugend treu. Aber für mich war es doch ein überwundener Standpunkt; wenn ich trotzdem in der Gesellschaft des Kapitans so häufig darin zurückfiel, zeigte das, wie tief bei manchem die Sentimentalität gewurzelt, und eigentlich war ich deswegen auch gar nicht traurig; denn ich bin der Meinung, daß gerade die schlechtesten Leute nicht unter den Sentimentalen sind.

Am diesem Abend faßte ich auch den Entschluß, die Biographie meines alten Freundes zu schreiben, und noch ehe ich die Feder aufs Papier gesetzt hatte, war es mir klar geworden, daß es die Geschichte eines alten Kindes werden müßte, die ich andern großen Kindern in kindlicher Weise erzählte.

„Fors ging heute morgen um fünf,“ teilte mir Kapitän Strand mit, als ich am folgenden Tage gegen zehn meinen Kopf bei ihm zur Tür hineinsteckte und ihn ausnahmsweise zu Hause traf. „Er ist nach Geste gereist, sein Schiff liegt da, und nun dauert's zum wenigsten 'n Jahr, bis wir uns wiedersehen. Na, findest Du nicht, daß er 'n Prachtmensch ist? Richtig ein Mann, auf den einer sich verlassen kann?“

Selbstverständlich stimmte ich ihm bei, und zum Danke drückte mir der Kapitän noch kräftiger als gewöhnlich die Hand.

Am Nachmittag begab sich Kapitän Strand natürlich in den Hausflur hinaus, aber gegen seine Gewohnheit trat er mit einem Wickelkind auf. Alle Vorübergehenden bombardierten ihn mit scherzhaften oder ernstigen Fragen, und der Kapitän lachte übers ganze Gesicht, wiegte das kleine Wesen auf den Armen und gab zwei Antworten auf eine Frage. Und dann erzählte er — das Erzählen war ja wohl seine starke wie seine schwache Seite.

„Dies ist meine kleine Braut, damit Ihr wißt, wer sie ist, und 'ne weitere Vorstellung ist überflüssig. Sie ist eben



6. Ausbau des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.
7. Einführung einer stufenweis aufsteigenden Reichsumlagsteuer für Warenhäuser und Filialgeschäfte.
8. Verbot von Wanderlagern und Wanderaktionen.
9. Bekämpfung des versteckten Warenhandels.
10. Verschärfung des Gesetzes über Abzahlungsgeschäfte.
11. Reichsgesetzliche Regelung des Verdingungswesens.
12. Beschränkung der Handwerksarbeiten in Militärwerkstätten, tunlichste Zuweisung von Aufträgen für das Reich in kleineren Eosen und an Handwerkerorganisationen.
13. Weitere Einschränkung der Gefängnisarbeit.
14. Fernhaltung ausländischer Haulierer.

Diese forcierte Mittelstandsrettung ist natürlich plumpste Wahlkomödie. Hätten die Leute, die so plötzlich dem Mittelstand von drückender Not helfen wollen, den Willen gehabt, ernsthaft etwas zu tun, so wäre wahrhaftig in den letzten fünf Jahren Zeit genug gewesen. Die Reichstagsmehrheit hat doch Zeit gehabt, dem Mittelstand die Lasten der „Finanzreform“, der Tabaksteuererhöhung, der Leuchtmittel- und Streichholzsteuer aufzubürden, sie hat nichts dagegen, daß der Mittelstand weiter unter der herrschenden Steuerlast leidet, wie sie keine Rücksicht auf den Mittelstand bei ihrer ganzen volksfeindlichen Politik der letzten Jahre genommen hat! Seht auf einmal, ein paar Tage vor der Wahl, wo es für jede, auch die kleinste Reform, in diesem Reichstage zu spät ist, da soll der Mittelstand mit diesen Anträgen geblendet und seine Stimmen für die Antragsteller eingefangen werden! Wenn noch einer der Unmöglichen aus dem Handwerker- und Handelsstande auf diesen groben Trick hereinfällt, ist ihm nicht mehr zu helfen.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin den 2. Dezember 1911.

215. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück.

Zunächst wird das Gesetz über die Ausgabe kleiner Aktien in dritter Lesung angenommen.

Sodann folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung der Angestelltenversicherung.

Nach § 134 werden die Besitzer aus den Arbeitgebern von den Arbeitgebervertretern, die übrigen von den Angestelltenvertretern unter den Vertrauensmännern gewählt.

Schmidt (SD.) begründet einen Antrag Albrecht und Genossen auf direkte Wahl der Vertreter in geheimer Wahl.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, dagegen ein Antrag Behrens angenommen, wonach die Wahl in schriftlicher Abstimmung erfolgen soll.

Nach § 135 sollen nur Männer wählbar sein. Ein Antrag Albrecht und Gen. (SD.) will diese Einschränkung streichen.

Dorman (FVp.) verweist darauf, daß die Frauen schon das Wahlrecht zu den Ärzte- und Apothekerkammern haben und daß keine Veranlassung vorliegt, ihnen das Wahlrecht zu den Rentenaussschüssen vorzuenthalten, zumal die Zuziehung der Frauen zur sozialpolitischen Mitarbeit außerordentlich wünschenswert sei. (Bravo! links.)

Ministerialdirektor Caspar bekämpft den Antrag. Die Rentenaussschüsse haben auch richterliche Befugnisse und zu Richtern eignen sich die Frauen nicht.

Wolkenbuh (SD.) Wir verlangen, daß gleichen Pflichten gleiche Rechte entspreche. Es fehlt jeder Beweis dafür, daß die Frauen sich zur richterlichen Tätigkeit eignen. Es ist wirklich kein Grund vorhanden, die Frauen als minderen Rechts zu behandeln, zumal bei diesem Gesetz

eine große Anzahl gewerbstätiger Frauen in Betracht kommt. Daher bitte ich um Annahme unseres Antrags. (Bravo! links.)

Wasser mann (M.) spricht sich für die Wählbarkeit der Frauen aus und verweist darauf, daß auch die katholischen Frauenvereine diese Forderung erheben.

Mommsen (FVp.): Die Frauen hier ausschließen zu wollen, würde das Kennzeichen eines sozialpolitischen Popes sein. (Sehr wahr! links.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Mit den Konservativen und dem Zentrum stimmt auch ein Teil der Nationalliberalen dagegen.

§ 150 legt fest, daß die Vertrauensmänner schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Schmidt-Berlin (SD.) begründet einen Antrag Albrecht auf Ersetzung des Wortes „schriftlich“ durch „in geheimer Wahl“ und betont, daß die angeblich dieser Bestimmung entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten sehr wohl überwindbar sind.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 157 bestimmt als rechtsprechende Behörden in höherer Instanz die Schiedsgerichte und das Oberschiedsgericht. Der Beschäftigung soll durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats geregelt werden.

Schmidt-Berlin (SD.): Wir beantragen, den Paragraphen so zu fassen: „Rechtsprechende Behörden sind die vom Bundesrat dazu bestimmten Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung errichtet sind.“ Unser Antrag bezweckt die Angliederung der Organisation der Angestelltenversicherung an die durch die Reichsversicherungsordnung geschaffene Organisation. Die Überlastung des Reichsversicherungsamtes kann gegen unseren Antrag nicht ins Feld geführt werden, da durch die Reichsversicherungsordnung eine sehr starke Entlastung des Reichsversicherungsamtes herbeigeführt wird. In der Begründung der Vorlage selbst wird ausgedrückt, daß sein Bedenken gegen die Angliederung der Schiedsgerichte an die Oberversicherungsämter vorliegt. Umso unverständlicher ist es, daß sich jetzt die Regierungsvertreter so entschieden dagegen erklären. In der Kommission war eine beträchtliche Mehrheit für die Angliederung und es ist doch kaum zu fürchten, daß die Regierung an dieser Frage die Vorlage scheitern lassen wird. Unser Antrag bezweckt die Schaffung von Einfachheit und Einheitlichkeit. (Bravo! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Caspar bezeichnet den sozialdemokratischen Antrag als unannehmbar. Seine Annahme würde das Zustandekommen der Vorlage gefährden.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Bei § 208 wird nach Befürwortung durch den Abgeordneten Dr. Potthoff (FVp.) ein Antrag Schulz angenommen, der die Juitanz, die die Angestellteneigenschaft einer rentenmachenden Person bestritt, zur Feststellung verpflichtet, ob der Betreffende als Arbeiter anzusehen ist. Diese Fassung soll verhindern, daß jemand zwischen der Angestellten und der Arbeiterversicherung hin und hergeschoben wird.

Dr. Potthoff (FVp.) beantragt Einfügung eines § 343a: Ein Versicherter, der zum Vertreter im Verwaltungsrat oder zum Besitzer im Oberschiedsgericht usw. gewählt ist, kann während der Dauer seines Amtes nur auf einen wichtigen Grund vom Arbeitgeber entlassen werden.“ Die Bestimmungen der vorausgehenden Paragraphen, die den Arbeitgebern unter Androhung von Geldstrafe oder Haft Vereinträchtigung ihrer Angestellten in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit unterlagern, genügen nicht. So dumm werden die Arbeitgeber nicht sein, die ehrenamtliche Tätigkeit als Entlassungsgrund anzugeben. Darum beantragen wir eben, daß die Kündigung nur aus einem wichtigen Grund erfolgen kann.

Dr. Stresemann (M.) bekämpft den Antrag, der nur ein Anreiz für die Unternehmer sei, möglichst die ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Angestellten zu verhindern. Die Bestimmungen der §§ 342 und 343 seien genügend.

Sue (SD.): Alle Bedenken wurden beseitigt sein, wenn man allen den Privatangestellten, die Ruhegehalt beziehen, das Vertretungsrecht geben würde. Der vom Abg. Potthoff begründete Antrag wiederholt einen von uns in der Kommission gestellten Antrag. Seine Annahme würde immerhin einen gewissen Schutz der Privatangestellten bedeuten. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Antrag Potthoff wird abgelehnt.

Nach § 362 müssen Zuschußkassen (Fabrikassen, Wertpensionskassen usw.) nur für die nach diesem Gesetz Versicherten errichtet sein oder der Teil des Vermögens für die Angestelltenversicherung muß ausgeschlossen und besonders verwaltet werden.

Sachse (SD.) beantragt, hinzuzufügen: „durch eigene Kassenorgane“, um eine Vereinträchtigung der in den be-

treffenden Klassen versicherten Arbeiter zu verhindern, zieht aber, nachdem auf Anregung des Abg. Dr. Potthoff (FVp.) der Ministerialdirektor Caspar eine befriedigende Erklärung abgegeben hat, den Antrag zurück.

Nach § 367a müssen die zugelassenen Ersparnisse den Vorschriften bestimmter Paragraphen des Gesetzes genügen.

Emmel (SD.) begründet einen Antrag Albrecht u. Gen. auf Ausdehnung der Zahl der Vorschriften, denen die Ersparnisse zu genügen haben. Besonders notwendig ist es, daß den Ersparnissen auch die Befolgung der Vorschriften in der Vorlage über den Rentenzuschuß und über den Schutz des Rentenanspruchs zur Pflicht gemacht wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir sind

Gegner des ganzen Instituts der Ersparnisse, weil dieselben vielfach dazu gebraucht werden, die Angestellten aus ihren Berufsorganisationen herauszubringen. Ich erinnere an das Vorgehen der „Guten Hoffnungshütte“ gegen die Mitglieder des Technikerverbandes und des Bundes der technisch-industrieller Beamter. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Nach § 370 müssen die Beiträge der Arbeitgeber zu den Ersparnissen mindestens den reichsgesetzlichen Arbeitgeberbeiträgen gleichkommen.

Behrens (FVp.) beantragt, hinzuzufügen, „und sofern die Beiträge der Versicherten höher sind, diesen“.

Ministerialdirektor Caspar wendet sich gegen diesen Antrag, der eine unzulässige Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ersparnisse bedeute.

Potthoff (FVp.) erklärt sich für den Antrag Behrens. Kassen, die zwar dieselben Leistungen, aber nur durch Heranziehung der Versicherten zu höheren Beiträgen gewährten, sollten nicht als Ersparnisse anerkannt werden.

Geheimrat Beckmann polemisiert gegen diese Ausführungen. Wenn das Risiko in einem bestimmten Versicherungskreis größer ist, müssen natürlich auch die Beiträge der Versicherten höher sein, um dieselben Leistungen zu erzielen.

Sach (SD.) schließt sich den Ausführungen Potthoffs an und hebt hervor, daß der Antrag Behrens dem Sinne nach in der Kommission von sozialdemokratischer Seite gestellt ist.

Schmidt (SD.): Der Zweck der Ersparnisse ist meist, die Angestellten an den Betrieb zu fesseln. Sie haben daher ein gewisses Interesse an möglichst hohen Leistungen und sind in der Lage, die dazu nötige höhere Beitragsleistung allein den Angestellten aufzuerlegen. Die Annahme des Antrags Behrens würde hier eine gewisse Besserung schaffen, da dann nicht mehr die Unternehmer einseitig die Beiträge der Angestellten erhöhen können, sondern auch selbst die höheren Leistungen mit aufbringen müssen.

Ministerialdirektor Caspar bekämpft nochmals den Antrag, der die Arbeitgeber zu sehr belastet.

Fleischer (Z.): Ersparnisse, die das notwendige Plus auf die Angestellten abwälzen wollen, sollten überhaupt nicht zugelassen werden. Eine solche Bestimmung sollte bis zur dritten Lesung formuliert werden.

Sach (SD.): Wir nehmen schon besser gleich den Antrag Behrens an, sonst souffliert die Regierung inzwischen den Mehrheitsparteien schon wieder ihre Bedenken und es kommt wieder irgendein Antrag Schulz (Dkt.)

Der Antrag Behrens wird hierauf angenommen.

Nach § 379 können die Unterstüzungen von Knappschaftsvereinen oder Klassen an Privatangestellte um den Betrag der Unterstüzungen auf Grund dieses Gesetzes gekürzt werden.

Nach dem Absatz 3, dessen Streichung ein Antrag Albrecht beantragt, muß die Ermäßigung mindestens in demselben Verhältnis erfolgen, wie die Kürzungen der Bezüge auf Grund der Reichsversicherungsordnung. Absatz 7 läßt eine Reihe von Bestimmungen über die Zuschußkassen auch für die Knappschaftskassen gelten, u. a. die Bestimmung, wonach bei einem Versicherungsfall innerhalb der ersten 10 Jahre die Reichsversicherungsanstalt einen Zuschuß in Höhe der Nettobeiträge gewährt.

Bogel (Nat.) begründet einen Antrag, diesen Zuschuß ohne zeitliche Beschränkung zu leisten, wenn vor Erfüllung der reichsgesetzlichen Wartezeit ein Versicherungsfall eintritt. Nur durch eine Zufallsmehrheit sei dieser von der Kommission in erster Lesung angenommene Antrag in der zweiten Kommissionsberatung abgelehnt worden.

Geheimrat Beckmann bittet um Ablehnung des Antrags, dessen Annahme das Gesetz gefährden wird.

Sachse (SD.) stimmt dem Antrag zu und bittet dringend um Annahme des Antrags auf Streichung des Absatzes. Wir haben die betreffenden Bestimmungen auch bei der Reichsversicherungsordnung auf das schärfste bekämpft und werden nicht ruhen, bis sie wieder beseitigt sind.

erst sieben Monate geworden, aber wenn einer nicht älter ist als ich, kann er ja gut warten. Abzuziehen hab' ich sie mir von der Waisfrau um Hinterhaus gelieh'n; einem wird die Zeit lang bei dem ewigen Alleinsein. Um siebzehn Jahre hatten wir Hochzeit. Sag, Anneten, wollen wir das? Seht Ihr wohl, sie nicht und lacht. Bist häßlich klug, klein Dirn. Und wenn das liebe Kind bloß sprechen könnt, würd' sie auch Ja sagen. Wir kennen uns seit drei oder vier Stunden, und... Was ist denn los, mußt doch nicht meinen, mein Dirn. Komm, komm, komm in diechen auf meinem Finger lutschen.“ Die Spitze von Kapitän Strands breitem Zeigefinger verlor sich zwischen den Lippen des Kindes, die sich fest darum schloßen. „Sie ist ganz verklebt in meinem Zeigefinger, aber auch bloß in den. Wenn ich ihr einen von den andern andiene, wird sie böse und läßt an zu schimpfen. Die hier weiß, was sie will. Ruck doch eins! Sieh... ha, ha, ha.“ Der Kapitän zog vorzüglich den merkwürdigen Zeigefinger aus dem Mund des Kindes und hielt ihn in die Luft, als ob er einen Gegenstand vorzeigte, der allgemeine Bewunderung und Interesse verdient.

„Gören Sie, ist es hier im Flur nicht zu kalt für ein so kleines Kind?“ fragte jemand.

„Kalt? Ja am Ende doch,“ meinte der Kapitän. „Na, dann begeben wir uns in die inneren Gemächer.“ Sehen Sie, die Mutter sollte irgendwo zur Kuchhülfe kommen, und da muß sie abholen nicht, wo sie mit dem kleinen Bündel hier abbleiben soll.“ Da sagt ich, daß ich wohl auf sie passen wollt, ich hab' Anlage fürs Kindererziehen. Ja, es ist hier wirklich zu kalt. Ich glaub', wir wollen uns lieber zurückziehen. Diner, meine Geschwister! Sag' nu hübsch oben zu der ganzen Gesellschaft. Anneten! Nach Kuchband, Klein Dirn, so, so gehst dich.“

Kapitän Strand und sein neues Spielzeug verschwanden in der gemütlichen Freiheit des eigenen Heims, wie er sich bisweilen ausdrückte, sobald diese Bezeichnung eigentlich nicht recht für seine Behausung passen wollte. Und da hinüber lag er den ganzen Tag auf dem Fußboden, ließ die kleine abgewandte auf dem geliebten Zeigefinger lutschen, oder hatte Spielzeug um sie herum auf. Die einzige freie Zeit, die er sich gönnte, war, als er eilig über die Straße zum Kuchband ging, um die „Stätze“ wieder füttern zu lassen.

Als er leuchtend und außer Atem wieder zurückkam, lag die kleine Anna fest eingeschlafen in der Sofaecke, in der er sie bei seinem Fortgang plazierte.

„Der kleine Kacker ist wirklich verständig!“ meinte er bewundernd. „Wenn sie keinen zum Spielen hat, legt sie sich aufs Schlafen.“

Damit legte sich Kapitän Strand schweigend und regungslos mit der Milchküche in der Hand und wartete, bis es seinem kleinem Tyrannen gefiel, die Augen wieder aufzumachen. Während der ganzen Zeit tat er keinen einzigen Zug aus seiner Pfeife, wie sehr er sich auch danach sehnte. „Das war' am End' dem kleinen Wurm nicht gut bekommen und außerdem, wenn sie einem ein gesundes und wohlgestaltetes Kind anvertrauen, soll einer da wohl keinen geräuchersten Bäckling aus machen,“ sagte er und lachte selber herzlich über seinen kleinen Witz.

Späterhin am Nachmittag klang ununterbrochenes Lachen und Scherzen aus der Wohnung des Kapitans. Sämtliche Dienstmädchen und Kinder des Hauses und sonstige Freunde des Kapitans wollten „eben mal einsehen“, und jeder neue Besuch mußte den merkwürdigen Zeigefinger bewundern.

„Sie ist da ganz weg in; bloß in diesen, die andern passen ihr nicht. Ruck doch eins... ha ha ha.“

Am Abend kam die Mutter, um ihre Tochter wieder abzuholen, wobei sich ein Strom von Dankagungen über den Kapitän ergoß.

„Ja ta ta, halten Sie auf mit dem Quatsch, und nehmen Sie die Spielhaken mit nach Hause, damit die kleine Dirn morgen auch ihr Blätter hat. Nein, tun Sie mir den Gefallen und reden Sie nicht lang.“

Trotzdem der Kapitän deutlich seine Abneigung zeigte, begann indes der Dankagungsstrom von neuem zu fließen.

„Sind Sie denn rein von Gott verlassen, daß Sie das Maul nicht halten können,“ rief er erznrt. „Ich hab' mich den ganzen Tag herrlich amüsiert, und nu verderben Sie mir den Abend mit ihrem albernen Gewäsch. Hier haben Sie Ihr Balg und nu scheren Sie sich zum Deuwel, sonst...“ Kapitän Strand beendigte den Satz nicht, und sein Horn, der ihm wirklich aus dem Herzen kam, legte sich erst wieder, als er dem Kind, ohne daß es die Mutter gewahrte, ein

Zweitkronstück in die Hand gedrückt. „Na, marsch nu! Ich will zu Bett gehn.“

Es wäre zu viel gesagt, es eigentümlich zu nennen, und dem mag nun sein, wie es will, aber die Waisfrau erzählte allen, die es hören wollten, und das waren merkwürdigerweise nicht wenige, daß der Alte im Flur durchaus nicht so „fürchtbar gut und mildherzig“ wäre, wie immer von ihm behauptet wurde. Sie wenigstens hätte er mit ein paar jämmerlichen Kronen abgepeist, als ob das der Rede wert wäre, wo sie ihm den großen Dienst getan, ihm seine Gütsamkeit zu verliken; noch dazu in einer Weise, die ein ganz ungewöhnliches Vertrauen bewies usw.

Zum Glück für Kapitän Strand kam ihm dieser Klatsch nicht zu Ohren; er befah im vollsten Maße die unschätzbare Gabe, niemals die kleinliche Gesinnung anderer zu verstehen. Er erfuhr also auch nicht, welchen Fehler er begangen, indem er ein Zwei-Kronenstück verschenkte, der den Hunger eines sehr gewöhnlichen menschlichen Wesens noch mehr reizte und diesen in Bitterkeit verkehrte, als die Frau keinen Ausweg mehr sah, mehr von derselben Sorte zu erlangen.

Wie unbedeutend die hier erwähnte Episode mit dem Kind auch war, verursachte sie doch eine große Umwälzung in den Ansichten des Kapitans. Anfangs beschränkte er sich darauf, ihn stillen und im geheimen zu fluchen, und das konnte ihm ja niemand verwehren, da niemand darum mußte. Aber bald fing er an, es laut und öffentlich zu tun, und gewöhnlich beschloß er einen derartigen Wortschwall mit einem tiefen Seufzer. Schließlich vertraute er einigen Leuten, die er als seine Freunde ansah — Kapitän Strand hielt alle Menschen für seine intimen Freunde — daß er sich bisweilen verdammt ungemütlich und verlassen fühlte.

„Sie sollten sich wieder verheiraten, Herr Kapitän,“ meinte ein Spaßvogel.

Der Betreffende wurde augenblicklich zwischen die wenigen Feinde des Kapitans einrangiert und schief angesehen, sobald er in Sicht kam.

„Das Kindvieh hat ja freilich Klara nicht gekannt, gewissermaßen ist er also entschuldigt. Aber mit gewissen Dingen soll einer doch nicht seinen Spott treiben. Na ja... ja...“ Im übrigen mag ihn meinetwegen der Deuwel holen.“

(Fortsetzung folgt.)



Behrens (Wg.) bekämpft den Antrag, § 379 wird unter Ablehnung aller Anträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Petitionen, Rechnungssachen, ostafrikanische Eisenbahnen.)  
Schluß 3 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

**Ein Monat Gefängnis.** Die Chemnitzer Volksstimme brachte im September gelegentlich der Chemnitzer Rathausweihe eine Notiz, überschrieben: „Bürgerfreuden und Arbeiterblut“, in der mitgeteilt wurde, daß gelegentlich der Rathausweihe, bei der man Demonstrationen der Arbeiterschaft in Chemnitz befürchtete, das Militär in Bereitschaft gehalten worden sei. Das sächsische Kriegsministerium stellte daraufhin Strafantrag wegen Beleidigung der Offiziere des 104. Infanterieregiments. Genosse Hermann Müller, der Verantwortliche der „Volksstimme“, stand Freitag unter Anklage und wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Inhalt der Notiz wurde als wahr unterstellt, aber die Form sei beleidigend, — und daher einen Monat Gefängnis!

## Gewerkschaftsbewegung.

**Ergebnislose Verhandlungen in der Berliner Damenkommission.** Die erweiterten Kommissionen der beteiligten Verbände hatten zu den von den Unternehmern gemachten Vorschlägen Stellung genommen und beschlossen, durch die Verhandlungskommission den Unternehmern folgende Erklärung abzugeben: Die vereinbarten Kommissionen sehen die von den Fabrikanten gemachten Vorschläge als ungeeignet zur Verbreitung an ihre Auftraggeber an. Aus der Erklärung der Fabrikanten ist nicht ersichtlich, in welcher Weise sie eine Sicherung der bestehenden Löhne schaffen wollen. Im übrigen werden die prozentualen Aufschläge als unzureichend betrachtet. Die Zusammenlegung der Kommission, die allwöchentlich zusammentreten soll, um Beschwerden über Nichtinbezahlung der jetzt getroffenen Abmachungen entgegenzunehmen, wird als eine Angelegenheit bezeichnet, die, soweit es sich um Arbeiterbeiträge handelt, Sache der beteiligten Organisationen ist. Hierauf gaben die Unternehmer eine nicht zufriedenstellende Erklärung ab, nach der der Arbeitervertreter die Verhandlungen als gescheitert betrachteten.

**„Ungewöhnliche“ Leichenbegängnisse.** In Breslau führt die Polizei seit etwa einem halben Jahre einen Kampf gegen die roten Kranzschleifen bei Beerdigungen von Sozialdemokraten. Entweder werden die Schleifen kurzerhand abgeschnitten, konfisziert, oder die Kranzträger werden gezwungen, in einem geschlossenen Wagen zu fahren. Auf keinen Fall aber duldet die Polizei das Vorantreten von roten Kranzschleifen, weil sie darin merkwürdigerweise ein ungewöhnliches Leichenbegängnis erblickt, zu dem die Erlaubnis erteilt werden muß. In einem Fall erhielten die Kranzträger und Genosse Löbe, der dem Verstorbenen in der Leichenhalle einen Nachruf widmen wollte, daran aber von der Polizei gehindert wurde, einen Strafbefehl über je 10 Mark. Löbe deshalb, weil er eine Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet haben soll, denn während seiner kurzen Rede standen einige Teilnehmer am Leichenzuge außerhalb der Leichenhalle. Das Schöffengericht erkannte in allen Fällen auf Freisprechung, weil, wie es in der Begründung hieß, das Vorantreten roter Kranzschleifen noch lange kein ungewöhnliches Leichenbegängnis darstellt. Der Staatsanwalt legte Berufung ein. Die Strafkammer kam zu einer Verurteilung, obwohl in Breslau seit 20 Jahren Hunderte von Kranzen mit roten Schleifen unbeanstandet Leichenjügen vorangetragen werden konnten, ohne daß selbst die Polizei darin etwas Ungewöhnliches erblickt hätte. Das Urteil lautete gegen jeden der Angeklagten auf 10 Mk. Geldstrafe. In der Begründung heißt es: Das Leichenbegängnis mit den roten Schleifen ist anfänglich ein ungewöhnliches gewesen. Durch die Wegnahme der roten Schleifen sei es ein gewöhnliches geworden, durch die angeblich politische Rede des Genossen Löbe wäre es aber wieder ein ungewöhnliches geworden, zu dem keine Erlaubnis eingeholt worden ist.

**Moabit in Magdeburg.** Die zwischen den streikenden Mühlensarbeitern auf der Hildensbrändchen Mühle und den Arbeitswilligen erfolgten Zusammenstöße in Magdeburg, bei denen Schlagring und Revolver eine große Rolle gespielt haben sollen, und die zu Massenverhaftungen von Streikenden und zur Verhaftung der Streikleitung führten, sind das Werk von Polizeispitzeln gewesen. Am Donnerstagabend gab sich einer dieser ehrenwerten Herren einem Gewerkschaftsangehörigen gegenüber, den er für einen seiner Kollegen hielt, zu erkennen. Er nannte sich Polizeigagent Paul Gärtner aus Berlin, Kirchbauhofstraße 16, eine Straße solchen Namens gibt es in Berlin nicht (D. R.) und zeigte eine Karte als Privatdetektiv vor und einen Ausweis über die Berechtigung zum Revolvertragen. Er war im Besitze eines Revolvers und einer polizeilichen Signalpfeife und erzählte, daß er seit drei Tagen mit noch zwei Kollegen, die sich unter den Arbeitswilligen befänden, in Magdeburg sei. Er meinte, in Magdeburg sei nichts zu machen; die Streikenden seien zu schlapp. In Berlin sei leichter ein Krawall zu unterbrengen. Er bekomme täglich 15 Mark Bezahlung. Als der Gewerkschaftsangehörige und ein Kollege, den er mit herangerufen hatte, genug erfahren hatten, ließen sie den Spitzel verhaften und ihm den Revolver abnehmen. Auf dem Wege zur Wache äußerte der Spitzel in Gegenwart der Schutzleute zu dem Gewerkschaftsangehörigen: „Wenn ich dich jetzt vor meinem Revolver hätte, würde ich dich niederschleichen wie einen Hund!“ Nach einer Viertelstunde entließ die Polizei den Spitzel wieder. In seiner Wohnung in Magdeburg hatte er sich als Monteur Walter Knapp ausgegeben. Die verhafteten Streikenden sind bis auf vier, darunter einer der Streikleiter, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Von der bürgerlichen Presse war der angebliche sozialdemokratische Terrorismus bereits in spaltenlangen Artikeln breitgetreten worden; besonders für die Wahlbewegung suchte man den Fall auszunutzen. Aber wie feinerzeit die Moabiter Affäre, so wird auch der Magdeburger Fall seine Wirkung verfehlen und eher in das Gegenteil umschlagen.

**Die beleidigten Richter.** Im Sommer d. J. brachte die „Breslauer Volksmacht“ eine kurze Notiz, in der ein Streikurteil der Naumburger Strafkammer wiedergegeben wurde. Ein Streikführer hatte einen Arbeitswilligen bedroht und wurde deshalb mit einem Monat Gefängnis bestraft. Der Landgerichtsdirektor Suchsland in Naumburg hatte in der Begründung dieses harten Urteils ausgeführt, daß ein Diebstahl nicht so schlimm anzurechnen wäre, als wenn ein Arbeiter den anderen von redlicher Arbeit abzuhalten versuche. Die „Volksmacht“ nannte das Klassenjustiz, ohne daß aber an irgend einer Stelle auch nur leise angedeutet wurde, daß eine bewußte Rechtsbeugung vorliege. Dadurch fühlten sich die Naumburger Richter beleidigt und keilten Strafantrag gegen den Verantwortlichen, Genossen K. a. o. b. Die Breslauer Strafkammer verurteilte ihn zu 30 Mk. Geldstrafe. Strafmildernd kam die bisherige Un-

scholtheit in Frage. Der Staatsanwalt hatte 200 Mk. beantragt.

**Zur Tabakarbeiteransperrung.** Die Zigarrenfabrikanten, die in den ersten Wochen des Kampfes sich so gebärdeten, als sei ihnen der Kampf gleichgültig, fangen jetzt an, recht unruhig zu werden. Sie machen verzweifelte Anstrengungen, um Arbeitswillige zu erhaschen; ihr Hauptaugenmerk richten sie dabei auf Sortierer, Fertigmacher und Wacker. Hohe Löhne bieten sie den Unmorbeneden und stellen ihnen nicht allein dauernde Arbeit in Aussicht, sondern auch Meisterposten. Mit den eventl. abtrünnig gemachten Sortierern wollen sie sich noch einige Wochen hinhalten, um so die Arbeiter niederzuzwingen. Alle diese Anstrengungen bleiben jedoch so gut wie erfolglos, da die Haltung der Ausgesperrten eine musterhafte ist. Immer deutlicher zeigt sich, daß die Zigarrenfabrikanten in einer mißlichen Lage sich befinden. Recht treffend schildert ein Marktbericht in „Vereinigten Tabakzeitungen“ (Verbandsorgan des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes) die momentane Situation im Tabak- und Zigarrengewerbe. Dort wird ausgeführt, daß viele Fabrikanten heute schon nicht mehr in der Lage seien, die Aufträge ihrer Großhändler und Zigarrenabnehmer ausführen zu können. An Zigarren in mittlerer und besserer Preislage sei großer Mangel eingetreten. Bedeutende Zigarrenhändler befürchteten mit Recht, nach Weihnachten mindestens „auf dem trockenen zu liegen.“ Auch im Rohstoffhandel schlägt die Ausperrung tiefe Wunden. Hierüber sagt der angezogene Marktbericht:

„Da unsere Fabrikanten infolge des Zigarrenarbeiterausstandes zurzeit jegliches Interesse für Rohstoff verloren haben, fehlt es auch der zweiten Hand an Unternehmungslust, so daß den an sich wahrlich nicht bedeutenden Anschlägen (Tabak) kaum noch Beachtung entgegengebracht wird.“

Angesichts dieser geschaffenen Gesamtlage im Tabak- und Zigarrengewerbe ist die Unruhe erklärlich, die sich unter den Tabakinteressenten zeigt, und es ist weiter erklärlich, wenn diese zur Einigung mahnen. Die beteiligten Zigarrenindustriellen wollen aber, wie verlautet, keinen Frieden, sie wollen die Fortsetzung des Kampfes bis zur Erschöpfung und vollständigen Niederwerfung der Arbeiterorganisationen. Dies gesteckte Ziel wird nicht erreicht werden, auch nicht erreicht werden können. Der von den Arbeitern so einmütig aufgenommene Kampf wird geschlossen weitergeführt, bis die Zigarrenindustriellen zum Frieden geneigt sein werden.

## Kommunales.

**Kommunalwahlfrage.** In Lechhausen eroberten wir drei Mandate; von 30 Sitzen haben wir jetzt sechs inne. — Zum ersten Male siegte in Wensheim ein Sozialdemokrat.

## Juanschikkai, der „Ketter“.

Von Karl Marikau.

Die Regierenden in Peking haben ihre allerletzte Karte ausgespielt. Sie heißt: Juanschikkai.

Juanschikkai soll der Ketter in der höchsten Not sein. Dem Kanonendonner vom Jangtse horcht die ganze östliche Welt mit angeblöstem Atem. Vom Sturmstich der „Rebellen“bataillone zittert der Boden des uralten Reiches der Mitte. Die Fahne des Aufwuhrs flattert auf den Tempeldächern von Peking, Verböten der Stadt und das Dekret, das Wuh, der sechs-jährige Marionettenkaiser von China, in der Stunde der größten Not an „sein“ Volk gerichtet hat, ist längst zerrissen und in alle Winde zerstreut worden. Die bittend hingestreckten Hände des Knaben auf dem Drachenthron halten das Rad der Zeit nicht auf. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf. Der Mandschuthron, den kühne und raudulstige Fremdlinge im Reiche der Mitte aufgerichtet hatten, kracht in allen Fugen; und da die Flamme überm Dach zusammenschlägt, rufen die Gewaltthätigen von heute wider die Gewaltthäter des Morgen den Bizetönig von Tschili, Juanschikkai, aus der Verbannung, in die sie selber ihn vor drei Jahren geschickt haben.

Der Ketter Juanschikkai! Die letzte Hoffnung der Konservativen in Peking ist dieser geriebene und ehrgeizige Aktze, der sich hüten wird, am Brand der südlichen Welt sich die Finger zu verbrennen. Immerhin aber: er ist dem oft und oft wiederholten Ruf der Peking Centralregierung nun endlich gefolgt. Er ist im „Haufe der Würdigen“ abgestiegen, beim Regenten und bei der Kaiserin in Audienz erschienen, und es ist zur Stunde bloß ungewiß, wie Juanschikkai die ihm zugeordnete Rolle als Chinas „Ketter“ eigentlich aufzufassen gedenkt. Der alte, in allen Finessen einer hinhaltenenden Staatskunst hinklinglich erfahrene Günstling einer vergangenen Ära hat in den letzten Jahren das Brot der Verbannung gegessen, das für den Bizetönig von Tschili freilich kein allzu bitteres gewesen sein mag. Er hat die Ungnade der Mächtigen erfahren, dieser selbe Juanschikkai, den sie nun als Triumphator und Ketter des Vaterlandes ausrufen, während er im „Haufe der Würdigen“ zu Peking vielleicht im stillen überlegt, ob es nicht geraten wäre, dem sinkenden Schiff noch einen Fußtritt zu verleihen und mit fliegenden Fahnen ins Lager der „Rebellen“ überzugehen.

Denn dieser „Konservative“ braucht sich nur auf die Erfahrungen der allerletzten Jahre zurückzuerinnern, um zu wissen, was das heißt: Dank vom Haufe der Mandchu. Er soll für sie die Katanien aus dem Feuer holen, soll an einem beginnenden Weltbrand ihr Süppchen kochen. Juanschikkai denkt und überlegt. Er soll den Prinz-Regenten bei seiner Unterredung mit der Kaiserin-Witwe gar nicht beachten haben, woraus man in Peking schließt, daß sein Programm mehr auf die Erhaltung einer chinesischen als auf die Prolongation der Mandschuherrschaft hinausläuft. Jedenfalls hat Juanschikkai von den Empörern gelernt und betont in einem Aufruf die „Souveränität des Volkes“.

Es wäre gar kein schlechter Witz der Weltgeschichte, wenn der von den Mandchu „beschmorene Ketter“ den Mächtigen von heute einen Fußtritt geben und gemeinsame Sache mit den Mächtigen von morgen machen würde. Man konnte sich unheimlichere Überläufer denken als den Bizetönig von Tschili, der von der Reaktion als Ketter ausgerufen wurde und dessen heberhaft erwartete Proklamations mit den Worten beginnt: „Das Volk ist souverän!“

Um Juanschikkais, des nicht viel mehr als Fünfzigjährigen, bisherigen Lebenslauf zu erzählen, muß man auf die Geschichte Chinas unter der Kaiserin-Witwe zurückgreifen.

Der Bizetönig von Tschili war, solange die alte Kaiserin Tse-Ösi dem ältesten Staate der Erde seine Geschicke diktierte, einer der Angehörigen und Mächtigen am Peking Hofe. Juanschikkai hatte sich übrigens seine unerschütterlich scheinende Machtstellung redlich erworben. Obgleich ein Anhänger der in weiten Volkskreisen bitter gehaltenen Mandchuherrschaft, war er modernen Ideen nicht so gänzlich abgeneigt, und vor allem ist es die chinesische Armee, die er als Generalissimus mit unbeschränkter Vollmacht einer durchgreifenden Reform nach europäischem Muster unterzog. Juanschikkais Truppen waren auch die

einigen, mit deren Hilfe die Palastrevolution im Jahre 1898 unterdrückt werden konnte. Durch das erfolgreiche Eintreten seiner Soldaten, dem die alte Kaiserin verdankte, daß es nicht zu ihrer Gefangennehmung auf einer Insel im Potokeich kam, wuchs der Einfluß Juanschikkais ins Ungemeine und er versuchte es in den folgenden Jahren, auf den Gebieten der Armee, der Verwaltung und des Schulwesens Reformen nach abendländischem Muster anzubahnen. Die ihm opponierende Gegenpartei in Peking bot alles auf, den „modernistischen“ General und Staatsmann kaltzustellen; immerhin aber gelang es Juanschikkai, den Plan der Selbstverwaltung der chinesischen Städte und Gemeinden noch teilweise zu verwirklichen: für seine Soldaten Militärschulen zu errichten, die nach europäischem Muster geführt wurden, und der chinesischen Frauenbewegung, der er nicht unheimlich gegenüberstand, manche Förderung angedeihen zu lassen. Auch dem Schulwesen wendete Juanschikkai sein Augenmerk zu; er interessierte sich für die Gründung chinesischer Mädchenschulen — die Frau, sagte er, ist „die Wurzel unseres Volkes“ — und war überhaupt bemüht, einen allen Ständen und Berufsständen zugänglichen Schulunterricht ins Leben zu rufen und auf staatlicher Grundlage weiter auszubilden.

Der Tod seiner mächtigen Förderin, der Kaiserin-Witwe, machte allen diesen zum Teil sehr hochfliegenden und liberalen Plänen Juanschikkais ein Ende. Der Prinz Tschun, der für den dreijährigen Thronerben Fuji die Regentschaft übernahm, war Juanschikkai nie sonderlich grün gewesen. Dazu kam die Ministerarbeit der langjährigen Widersacher des Günstlings der verstorbenen Kaiserin, die nun endlich ihre Stunde gekommen sahen und Juanschikkai des hochverrätherischen Verlangens nach dem Mandschuthron bezichtigten. Prinz Tschun gab dem Drängen der Dunkelmänner nach und verstand sich dazu, Juanschikkai den Hof zu verbieten und ihn in eine entlegene Provinz zu verbannen. Nach einer auf ihre Wahrheit nicht zu überprüfenden Version soll er Juanschikkai sogar die gefürchtete seidene Schnur geschickt haben, die ihm der gestürzte Günstling allerdings mit dem Bemerkens zurücksendete, er wisse nicht, was er damit anfangen solle.

Seine Entfernung vom Peking Hof konnte Juanschikkai freilich nicht verhindern. Er hätte vielleicht versuchen können, an die von ihm organisierte und ihrem Generalissimus blind ergebene Armee zu appellieren. Aber der an Gehorsam gewöhnte Krieger unternahm keinen Schritt gegen die Tyranie, deren stärkste Stütze er gewesen und die ihn nun einfach fallen ließ. Von einer stürmischen Auseinandersetzung im Peking Hofe wurde er durch die Kaiserin-Witwe, die Juanschikkai ein Dekret des Prinz-Regenten auf seinem Tische, das ihn zur „Teilung“ eines angeblich kranken Fußes zur sofortigen Abreise aufforderte.

Juanschikkai, der auf der Höhe seiner Macht in ganz ähnlichen Intrigen Meister gewesen war, verstand und ging. Der selbstbewußte Mann konnte die kaiserliche Ungnade ertragen und fügte sich mit philosophischem Gleichmut in die Rolle des Verbannten. Der damals kaum Fünfzigjährige konnte es sich leisten, der ferneren Entwicklung der Dinge in China mit Gleichmut zuzusehen und die Stunde mit Gelassenheit zu erwarten, in der man seiner wieder bedürfen würde. Abriens ruhten die Feinde Juanschikkais auch nach seinem Sturze keineswegs und ließen den Verbannten durch Spione der Regierung überwachen. Jeder Schritt, den der in Ungnade gefallene Staatsmann unternahm, wurde nach Peking berichtet; aber Juanschikkai war viel zu klug, seinen Widersachern in die Hände zu arbeiten. Er verhielt sich vollständig ruhig, lebte als einfacher Privatmann und vertrieb sich die Zeit mit Billardspielen. Der Mann, in dessen Händen einst das Schicksal eines ungeheuren Reiches gelegen hatte, unterhielt sich in seinem Exilium wie irgend ein Bürger, der von seinen Renten lebt, und das Spiel von ein paar Eisenbällen entschädigte ihn vorläufig durchaus für die verlorengegangene Macht, die in anderen Händen nicht gerade am besten aufgehoben war.

Juanschikkais Geduld wurde auf keine zu harte Probe gestellt. Nicht ganz drei Jahre lebte er fern vom Peking Hofe und es entging diesem getriebenen Staatsmann sicher nicht, eine wie wenig glückliche Hand die an seine Stelle gestiegenen Mächthaber bewiesen. Immer enger gefaltete sich das Schicksal Chinas in den letzten Monaten: die Partei, die das Reich der Mitte zu einer von modernem Geiste durchtränkten Republik umschaffen, und der Regierung der Mandchu ein Ende bereiten will, war nach jahrelanger, im geheimen verrichteter Aufklärungsarbeit mächtig genug, um sich nun hervorzuwagen, und die Kanonenschiffe am Jangtsekiang weckten die Regierung in Peking zu spät aus ihrer Sicherheit. Nun erinnerten sie sich des kranken Mannes in Tschili. Palastintrigen hatten ihn gestürzt; nun, da die „Rebellen“ fast schon vor den Mauern der Verbötenen Stadt standen, riefen die bedrängten Mandchu nach Juanschikkai und machten ihm die sofortige Rückkehr zur „nationalen Pflicht“. Als Ketter aus höchster Not soll er nun all die Künste spielen lassen, um derentwillen man ihn einst verbannte.

Juanschikkai ist freilich viel zu klug, um nicht zu begreifen, daß der politische Erneuerungsprozeß seines Landes von einem Mächtigeren als ihm nicht mehr aufgehalten selbst werden kann.

Sein langes Jögern, seine mehr als zweideutige Haltung, die er jetzt in Peking beobachtet, sprechen dafür, daß er kaum gesonnen sein wird, sich zu sehr hervorzuwagen. Juanschikkai hat öfter als einmal ein feines Ohr für die Bedürfnisse seines Volkes bewiesen und wird in der Verbannung an Vorsicht und politischer Weisheit noch einiges zuzulernt haben. Er weiß genau, wie verhasst die Mandchuherrschaft im Lande ist. Ihr schiebt man alle Schuld an den unsagbar verrotteten und unhaltbar gewordenen Zuständen im Reich der Mitte zu. Es ist mehr als fraglich, ob der Mandschuthron, der nie sehr fest gestanden ist, den jüngsten Erschütterungen im Reiche der Mitte standhalten wird. Wie verzweifelt man in Peking ist, zeigt am deutlichsten das Dekret, das im Namen des kleinen Kaisers Fuji an den Mauern Peking's angeschlagen wurde. Es führt eine mehr als kleinlaut, eine geradezu verzweifelte Sprache, wie sie wohl nie von einem Regierenden gehört worden ist.

Die Einsicht kommt zu spät, daß China fast alle von den Aufständischen geplanten Reformen längst hätte durchführen müssen. Juanschikkais Reformversuche wurden von der Peking Kammer unterbrochen, man schickte den Mann in die Verbannung, der die unvermeidlich gewordene Katastrophe wenigstens auf eine Reihe von Jahren noch hinauszuschieben vermocht hätte. Nun stehen die Regierenden von Peking vor dem Debacle, ihr gleich einem Triumphator aus der Verbannung geholt, „Ketter“ verkündet es erster die „Souveränität des Volkes“, und die Welt erlebt das Schauspiel, daß ein unmündiger Knabe vom Drachenthron herunterstürzt, um das beschämende und klägliche, weil von der Angst erprete Geständnis abzulegen: „Nichts ist zum Wohle unseres Volkes geschehen!“

(„Wiener Arbeiterztg.“)



# Aus Nah und Fern.

**In der Königer Worfache** hat die Königer Worfache in den letzten Tagen mehrere auf die Angelegenheit bezügliche Angaben erhalten, die zur eingehenden Prüfung der Staatsanwaltschaft in Weuthen unterbreitet wurden. Mehrere Zeugen wurden vernommen, darunter die Ehefrau des Agenten Breulich und der Kriminalbeamte Kanhor, der Breulich verhaftet hat. Die Behörden sollen der Ansicht sein, daß Breulich, wenn auch nicht direkt, so doch auf irgend eine indirekte Weise, vielleicht als Mitwisser, mit dem Morde in Zusammenhang steht. Breulich dürfte zur genaueren Untersuchung der Sache nach König übergeführt werden.

**Liebesdrama.** Das Dienstmädchen Bodrubin aus Fischhausen wurde in der Nähe des Kreishauses von Fischhausen erschossen aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß die Ermordete zuletzt mit einem Maurer aus Fischhausen gesehen worden war. Als der Maurer verhaftet werden sollte, fand man ihn vor seinem Bett erschossen auf. Vermutlich hat er aus Eifersucht zuerst das Mädchen und dann sich selbst getötet.

**Verbrannt.** Die Witwe Krüger in Bromberg wurde als Leiche verbrannt aufgefunden. Sie war an ihrem Küchenherd beschäftigt gewesen, als eine Stichflamme ihre Kleider in Brand setzte.

**Kammerunteroffiziere wegen Brandstiftung verhaftet.** Am Sonnabend früh brannte in Leipzig ein Kasernenschuppen nieder. Der Schaden soll eine Million Mark betragen. Den Brand führt man auf Brandstiftung zurück. Aus diesem Grunde wurden nach einer telegraphischen Meldung sämtliche Kammerunteroffiziere, die in dem durch Feuer zerstörten Raum zu tun hatten, verhaftet. Vernichtet sind bei dem Brande die gesamte neue Kriegsausrüstung des Reserve-Regiments Nr. 107, ferner Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke des ersten Reservebataillons des 4. Fußartillerie-Regiments Nr. 12 und der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 106, sodann Sattelzeug und Ausrüstungsgegenstände.

**Mord.** Im Tannenwalde beim Lindentaler Greizerplatz ist der Hofmeister v. Brettenfeld durch einen Wildschützen erschossen worden. Von dem Täter hat man keine Spur.

**Wieder ein abgestürzter Flieger.** Der Flieger Reeb, der auf dem Flugplatz Milbertshofen bei München zum Abendlflug nach Nürnberg aufgestiegen war, ist bei Breitenburg in Mittelfranken abgestürzt; er war sofort tot.

**Ein heftiger Erdstoß** wurde Sonnabend in Gdingen (Schwaben) verspürt, dem starkes unterirdisches Rollen folgte. Die Bevölkerung war sehr erregt. Schaden ist nicht entstanden.

**Um die Freiheit.** Ein Expresster namens Lalanne, der in dem Schnellzug Bordeaux-Paris der Orleansbahn nach Paris in das Untersuchungsgefängnis gebracht werden sollte, öffnete die Wagentür und sprang vom Trittbrett, um zu entfliehen. Der begleitende Gendarmereiamtmeister eilte ihm nach. Nach heftigem Ringen stürzten beide auf das Gleis. Der Gendarm wurde zermalmt und der Verbrecher schwer verletzt.

**Eine bestialische Mutter.** Ein Bauernmädchen in Koptorje (Rußland) unterhielt mit einem Burischen ein Liebesverhältnis. Da sie ihrem Liebhaber aber Anlaß zur Eifersucht gab, so verließ dieser sie. Sie gebar ein Kind und verlangte nun von dem Burischen, daß er sie heirate. Jedoch derselbe wollte von dem Mädchen, dem viel Schlimmes nachgesagt wurde, nichts mehr wissen. Da beschloß die Abgewiesene, sich an ihm zu rächen. Sie schnitt dem armen Neugeborenen Hände und Beine ab und hängte sie dann abends auf dem Getreideboden ihres früheren Geliebten auf, damit dieser „sich erschrecke“, wenn er morgens das Futter herabhole.

**Italienische Grausamkeiten.** Gegenüber den italienischen Veröffentlichungen über die von den Arabern bei Tripolis verübten unmenlichen Grausamkeiten stellt die türkische Regierung fest, daß von den italienischen Truppen ebenfalls sehr schlimme Grausamkeiten verübt worden sind. Einer Veröffentlichung der Berliner türkischen Botschaft entnehmen wir darüber folgendes: Ein junger Mann aus

Derna namens Dellaloga Sabbenste, den man im Besitz einiger Patronen ergreifen hatte, ist auf der Stelle erschossen worden. Um das Maß der Grausamkeit vollzumachen, haben die Italiener die alte Mutter und den invaliden Vater des Unglücklichen gezwungen, der Hinrichtung ihres einzigen Kindes beizuwohnen. Aus demselben Grunde sind zwei andere Personen bei der Kaserne von Bergha erschossen worden. Mütter diesen Verbrechen begehen die Italiener alle Arten verabscheueter Taten zum größten Leid der Bewohner der Gegend. So wollte die Bevölkerung der Stadt, die schimpflichen Szenen wie der oben beschriebenen beigewohnt hat, in Massen nach einer anderen Gegend der Türkei auswandern; sie ist daran verhindert worden. Der Kommandant der ottomanischen Streitkräfte in Tripolis hat folgendes Telegramm nach Konstantinopel geschickt: Die Italiener haben aus ihrem Aero-Plan zwei Bomben auf unser Hospital in Minzara geworfen, obwohl auf ihm die Fahne des Roten Halbmondes gehißt war. Sie haben es darauf bombardiert. Die Splitter der Bomben sind aufgewahrt worden. Die Bevölkerung von Menchie hatte die Waffen niedergelegt, die Italiener haben sie nie niedergemacht, um die Niederlage der Bersagliere-Regimenter an ihr zu rächen. Auf der Verteidigungslinie, die der Feind verlassen mußte, haben wir eine große Zahl Leichname von Frauen und Kindern gefunden, denen der Hals abgeschnitten und die Arme zusammengebunden waren. Durch die Aussagen der gefangenen Italiener ist festgestellt worden, daß dies auf Befehl der Offiziere geschehen ist. Wir sind dabei, die Liste der Opfer aufzustellen. Am 22. November haben die Italiener das türkische Hospital von Sufel-Ghuma zum zweitenmal bombardiert. So empörend auch die entsetzlichen, von den halbziivilisierten Arabern verübten Grausamkeiten sind, so verdienen die hier von türkischer Seite behaupteten Untaten der italienischen Truppen eine noch stärkere und entschiedenere Beurteilung. Die Italiener haben den Tripoliskrieg nach ihrer eigenen Angabe nur deswegen begonnen, um europäische Kultur nach Nordafrika zu tragen!

# Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „La Traviata“, Oper in 4 Akten von Verdi. „Von Drohnen und Baronen“ handelt diese Oper, deren falsche Sentimentalität noch immer auf die Drohnen am meisten wirkt, deren größte Abneigung sich gegen jede nützliche Arbeit richtet. Die Musik, die Verdi zu dieser unerquicklichen Sache geschrieben hat, ist reizvoll und melodisch. Am Sonnabend wurde die schwindelartige Kameliendame von Frau Arnoldson mit Bravour gesungen und sehr wirkungsvoll dargestellt. Sie hatte in Herrn Viktori als Alfred einen stimmlich vortrefflichen Partner, der nur — besonders im ersten Akt — den Text nicht recht beherrschte. Den alten Germont sang Herr Langefeld so geschmackvoll, wie es die alte Rolle dieses echten Opernwaters nur gestattet. Die übrigen kleineren Partien waren ausreichend besetzt. Herr Kapellmeister Dr. Harzem leitete die Aufführung mit musikalischem Feingefühl.

Reuters prachtvolle Erzählung „Ut de Franzosen“ ist gleich der „Stromid“ des gleichen Dichters dem Schicksal verfallen, von geschäftskundigen Leuten auf die Bühne gekloppt zu werden. Dadurch geht natürlich viel von dem urwüchsigen Humor und der vortrefflichen Charakterzeichnung verloren, welche diesen Dichtungen einen so unwiderstehlichen eigenartigen Reiz verleihen. Wenn dennoch gestern abend die „Franzosen“ einen lebhaften Erfolg erzielte, so ist das dem Umstände zuzuschreiben, daß Reuter eben nicht unzubringen ist. Herr Alex Otto vom Schauspielhaus in Hamburg als Müller Boß schuf eine derbe, bodenständige lebensvolle Gestalt, gerade, aufrecht und ehrlich, ganz im Sinne des Dichters. Dennoch hätten wir den hervorragenden Künstler lieber einmal in einer anderen Rolle bewundert. Die übrigen Eigenschaften auf der Bühne sprachen die verschiedensten plattdeutschen Idioten, — nur nicht mecklenburgisch — soweit sie nicht überhaupt auf den Gebrauch der plattdeutschen Sprache verzichteten. Süßliche Episoden boten Herr Radlof und

Frau Gerlach (Mamsell Westphalen). Den anderen wirkenden sei für den Esfer, mit dem sie bei der Sache ren, ein Gesamtlob gesendet. P. L.

# Literarisches.

Even Sedins „Von Pol zu Pol“ ist die prächtigste Weihnachtsberraffung, die der berühmte Forscher seit zahllosen deutschen Recherchen bereiten konnte. Sein Buch ist nach Inhalt und Preis den Volk und der Jugend gewidmet, und dabei ein so einzigartiges, in jeder Beziehung ein Buch, wie seit den Tagen Robinsons kaum erschienen. Eine Reise um die Welt, um die östliche Hälfte der Erde, 70 000 Kilometer, fort über das Meer, hin über die Erde in flüchtigen Nacht mit Even Sedin als laudigem Führer ist das Leitmotiv dieses Buches. Eisenbahn und Dampfschiff, zu Pferd und zu Wagen, selbstgezielter Fährer und auf dem Rücken des Kamelkurz mit allen Beförderungsmitteln, die die alte Kultur des Ostens erkennen hat, führt uns Sedin von Schwedens Heimat aus durch Deutschland, Österreich und die Türkei hinein in das unermeßliche Asien. Wir durchstreifen mit ihm Persien, Tibet, Ind und Ostturkestan, umfahren die beiden indischen Halbinseln an den Südpolen an, schauen in Australien hinein, besuchen die Hauptstädte Chinas und Japans, wandern über die Schlachtfelder des russisch-japanischen Krieges und kehren schließlich auf der Transsibirischen Eisenbahn durch Sibirien und Rußland nach Hause zurück. Welch eine unerschöpfliche Fülle farbenprächtiger Bilder auf dieser Reise der Phantasie des Lesers vorübergleitet, soll nur eine Handvoll Kapitelüberschriften veranlassen: Deutschlands Hauptstadt — Das Berliner Maximilianum — Konstantinopel — Fatime auf dem Basar — Meine erste Reise nach Baku — Quer durch Persien — Ein Neisemärchen — Wölfe auf dem Ramir — Ein kirgisisches Reiterpiel — Ein nächtlicher Raubzug in der Wüste — Skorpionen — Alexander der Große — Ein Kampf ums Leben — Der wandernde See — Milde Kamele — Ruppflanzen Indiens — Am Gestein der Gläubigen — Der König der Dschungeln — Schlangen und Schlangenzähner — Quer durch Australien — Mission und Religionen in China — Der Blaue Fuß — Manolo — Der Fujiyama — Japans Jugend — Die Transsibirische Eisenbahn — Die Begarreise usw. Kurz, es ist unmöglich, diesen Reichtum an Bildern, die das Buch auf seine 320 Seiten wie ein Kinetograph vor uns aufrollt, nur anzudeuten. Dieser Vielseitigkeit des Stoffes entspricht eine Virtuosität der Darstellung, die jedes einzelne, in jeder abwechselnde Kapitel zu einem Kunstwerk gestaltet. Kein Abenteuer und persönliches Erlebnis wechselt mit novellistischen Episoden ernster und humoristischer Art; in der Schilderung von Land und Leuten dreier Erdteile, von Fauna und Flora erotischer Gegenden zeigt sich aufs neue die Weisheit, und mit unerschöpflicher Klarheit weiß Sedin die grundlegenden Probleme der Erdgestaltung und Naturphänomene dem Verständnis des Laien zu vermitteln und den wenigen markigen Strichen von großer Persönlichkeit und weltweiter Ereignisse der Vergangenheit in Gegenwart Bilder zu entwerfen, die jedes empfängliche Herz für Gewaltiges und Schönes begeistern müssen. Der Name Sedins als Forschungsreisender steht unbestritten da, der Schriftsteller Sedin hat in zahlreichen Werken seine Leser nicht fortgerissen; in diesem neuen Buche tritt ein dritter Sedin, nicht minder groß, in die Erscheinung, der Pädagoge. Hier bietet sich also ein Werk als ein Werk, das von packendem Stoff und weltweiter Perspektive, von einer unserer größten Entdeckungsreisen und einem glänzenden Erzähler, in prächtiger künstlerischer Ausstattung mit 35 Illustrationen, 8 Holzschnitten und 10 Karten, und schließlich zu dem geringen Preise von 3 Mk. Es sollte uns wundernehmen, wenn dieses neue Werk Sedins nicht unter den diesjährigen Weihnachtsbäumen jedes deutschen Hauses finden wäre als Ausdruck des Dankes für die überreiche Gabe die der große Entdecker diesmal jedem, der Lesen gelernt hat, darbietet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Junge Frau sucht Beschäftigung im Hause irgend welcher Art. Brüderstraße 11. Klügel.

Suche Beschäftigung im Waschen und Reinmachen oder sonstiger Art. Warendorferstraße 23, II.

Zu verkaufen in Moisling ein fast neues Zwei-Familien-Wohnhaus, enthaltend je 3 Zimmer, Flur, Küche, Keller und gr. Stall mit ca. 600 qm Gartenland für 8300 Mk., bei möglicher Anzahlung. Näheres Chr. Beckh in Westhafen bei Reinfeld.

Zu verkaufen: Dampfmaschine, 10 Mk., Laterna magica, 3 Mk., Küchentlich Glandorferstraße 44, II.

Ein kompl. Schlafzimmer mit ein bess. Federbett für 250 Mk. per Kasse zu verkaufen. Die Sache ist tadellos. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

**„Siegerin“**  
„Palmole“  
„Mohra“  
Arb.- u. Berufs-Kl.  
J. H. Fein, am Markt.  
Kadolph Karstadt, Eutin.  
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.  
Art. z. Krankenpfl.  
F. W. Heyde, Königstr. 33.  
Bäckereien  
Paul Bernauer, Lübeck, Lg. Lehm 48.  
Dampf-B. u. Kondit.  
Fischer.  
J. Eixmann, grube 47.  
H. Jargstorf, Warendorferstr. 35.  
R. Kasch, Fleischhauerstr.  
52, Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.  
W. Krahn, Fackelb. Allee 57a.  
Ad. Hinzelmann, Schlüterstr. 2.  
Feines Schwarz- u. Weißbrot.  
B. Plath, Lübeckstr. 3.  
W. Steinhoff, Travemünde.  
Beerd.- u. Sarg-Mag.  
Central-Beerdigungsanstalt  
A. Brodersen, Angerstr. 7, Tel. 130.  
L. Jürgens, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.  
C. Thiessen & Sohn, Wehmstr. 21. Überst. ganzes Beerdigungsgeschäft u. Transportwagen.  
L. Vah, Lübeck, Schwartau, Allee 133.  
Lager für alle Särge.  
L. Vah, Reppendorf, Gr. Lager in Holz- u. Metallwaren.  
Bazonlanstalten  
H. Pasch, Gr. Gabelgrube 14.  
Hansa, Gr. Gabelgrube 51.  
L. Vah, Warendorferstr. 21.  
F. W. Heyde, Königstr. 33.

Erscheint dreimal wöchentlich  
**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen  
**Brauereien**  
M. Hofmann, Hansastr. 75.  
Kieler Schloßbräu, H. A. Wulf, Untertrave 56, Fernspr. 1274.  
Lübecker Vervollständigung  
F. Wettermüller Nachf., Schwartauer Bräuerei in Gebäuden u. Flaschen.  
Franz Langloß, Schlüterstr. 11, Brauerei.  
**Brennmaterialien**  
H. Schütt, Angustenstr. 14/14a.  
L. Wallbrandt, Rosengarten 10.  
**Butter-, Käsehdign.**  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
H. Philipp, Fackelb. Allee 91.  
W. Rockstein, Hüststr. 23.  
J. Seaman, Hüststr.  
**Cacao, Chocol., Tee**  
Lina Schwarz, Lübeck, Hüferd. 12.  
**Cigarrenhandlung**  
A. Burmeister, Lübeck, Fackelb. Allee 48.  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
D. Klecke, Königstr. 64, Ecke Hüststr.  
Rob. Klies, Engelsgrube 81.  
H. A. Sedlitzstr. 18, Ci- garetten, Tabake.  
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.  
Conrad Rottke, Fleischhauerstr. 15.  
Paul Thiel, Slavaterstr. 8.  
W. Bäck, Eutin, Lübeckstr. 34.  
**Dampfwasch-, Plättanst.**  
Groß-Baumstr. „Irenek“  
Wische-Verleih-Institut, 1. 1223.  
Spezialität: Haas- u. Fein-Wäsche.  
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 61.  
W. Krüger, Warendorferstr. 1.

**Drogerien**  
W. Hohenschild, Marlstr. 42c, T. 736.  
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.  
Julius Vogt, Germania-Drogerie, Hüststr., Ecke Königstr.  
**Fahrräder, Nähmaschinen.**  
H. Benthien, Fackelb. Allee 53.  
Deutsches Nähmaschinen-Haus  
**Ernst Rath,**  
Frister & Rosmann - Nähmasch.  
Franz Busse, Wahnstr. 42.  
Rich. Israel, Alstr. 31.  
Heinr. Körner, Lübecker Fahrräder.  
Kl. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier, Arnlust 12a.  
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.  
Johs. Meyer, Königstr. 51.  
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.  
H. Krohn, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatz.

**Friseure, Parfüm.**  
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.  
**Galant-, Spielwar.**  
C. Bilesath Wwe. Sandstr. 9.  
**Handels-Lehranst.**  
Privat-Handels-Institut  
Herm. Lips, Dankwartigrube.  
**Haus-u. Küchenger.**  
Lübeck, Fackelb. Allee 34.  
Paul Reher, Tunkenhagen 5.  
E. Winkelmann Nachf., Eutin.  
Louis Rathmann, Schwartau.  
**Herren-u. Knab.-Gard.**  
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
**Hüte und Mützen**  
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.  
Aug. Tromst & Sohn, Holstenstr. 24.  
**Kino-Salon**  
**Biophon-Theater**  
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Fotograf.  
**Kolonial-, Fettwar.**  
Feddler J. Behm, Hansastr. 97.  
Johs. Breede, Dankwartigr. 37.  
Reinh. Büsen, Arnluststr. 1a.  
Heinr. Franck, Wahnstr. 67.  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
Carl Hudofsky, Marlstr. 44.  
D. Lereh, Lg. Lohberg 37.  
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.  
H. Schütt, Angustenstr. 14/14a.  
J. Semrau, Hüststr.  
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.  
Louis Rathmann, Schwartau.  
J. U. Kröger, Travemünde.

**Kurz-Weiss-Wollw.**  
O. Sinnenwald, Lladenstr. 39.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
**Manufakturwaren**  
Johann Dittmer, Drögest. 12a.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.  
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.  
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.  
**Möbelmagazine**  
Wielze & Stech, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Allee 60.  
Mühlenstr. 47.  
W. Pamperin, St. Annenstr. 20.  
Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.  
**Molkereiprodukte**  
Hansa-Meierei ist die Amme Lübecks u. umherliegender Milchprodukt aller Art.  
**Meiereien**  
Meierei Rensefeld  
Inh. Paul Rieckert, Vortreffliche Bezugsquelle für Milch und Butter.  
Meierei Schwartau  
Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144.  
Milch und ff. Molkereiprodukte.  
**Optik u. Mechanik**  
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.  
**Photogr. Ateliers**  
O. Goetze, Gr. Burgstr. 15.  
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.  
Samson & Co., Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für Ölen, Herde, Gaskoher, Grundölen  
**Adolf Borgfeldt,**  
Ferruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.  
**Putz u. Modewaren**  
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.  
**Empfehlensw. Restaur.**  
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.  
**Schreibwaren**  
Aug. Barmester, Lübeck, Fackelb. Allee 48.  
M. Maxein Wwe., Moisling, Allee 40a.  
Hlsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.  
**Schuhwaren**  
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.  
Aug. Hostenck, Finkenhausen 5.  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
**Seifen, Toilette-Art.**  
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.  
**Stahl-, Eisenwaren**  
Franz Genzmer, Ferruf 1031.  
Hüststr. 46. 30-  
F. Wichmann, ligger Stahlwaren.  
**Tapeten, Linoleum**  
Carl Bouleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.  
Fritz Rehm, Beckergrube 20.  
**Trikot-, Strumpfw.**  
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.  
**Uhren-Repar.-Werkst.**  
Amerikanische, Hüststr. 71.  
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.  
2 Jahre schriftliche Garantie.  
**Uhren, Goldwaren**  
August Büttner, Uhrmacher, Hüxstr. 32.  
W. Westfahl, Holstenstr. 33.  
H. Nevermann, Schwartau.  
**Weine, Spirituosen**  
Fr. Geist, Lübeck, Hüststr. 8. T. 1955.  
Friedr. Otte, 43, empfindlich Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!